

# KONGRESSDIENST

Hamburg  
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

April / Mai 1961  
NUMMER 3



# 1. Mai — Kampftag für Frieden und Demokratie

Viele unserer Leser werden sich sicher noch an die Wehrmachtsberichte des vergangenen Weltkrieges erinnern. Wer sich auf diese sorgfältig frisierten Informationen verließ, der merkte es nicht, wie sich langsam die Flut gegen Deutschland wandte; er wachte erst auf, als uns schon das Wasser bis zum Halse stand. Die gegenwärtige Lage der Bundesregierung hat mit der damaligen Situation einige Ähnlichkeit. Eine objektive Chronik der vergangenen Monate zeigt, daß die Bundesregierung nicht nur einige schwere politische Niederlagen einstecken mußte, sondern daß darüber hinaus ihr gesamtes politisches Konzept wie ein Kartenhaus zusammenzufallen droht. Dieses Bild versucht die konformistische Presse der Bundesrepublik nach Kräften zu vertuschen. Ihr wesentliches Mittel dabei ist nicht so sehr die Behauptung von Unwahrheiten, als die tendenziöse Unterdrückung von Informationen. Fassen wir darum einmal einiges zusammen.

Noch kurz vor der Wahl Kennedys zum amerikanischen Präsidenten schien die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Sprengkörpern, notdürftig durch ein NATO-Feigenblatt getarnt, unmittelbar bevorzustehen. Heute sind diese Pläne der Herren Norstad und Strauß zerstoßen. Auf die wütenden Proteste des Herrn Strauß reagierten die USA außerordentlich kühl, da ihnen klar war, daß es für die USA außer der „sowjetischen Bedrohung“ noch andere Gefahren gibt;

beispielsweise die, durch eine mit Atomwaffen ausgerüstete Bundesrepublik in einen Atomkrieg hineingezerrt zu werden.

Zum ersten Male ist in diesem Jahr deutlich geworden, daß die Rüstungspolitik sich auf die Länge auch wirtschaftlich nicht auszahlt. Die echten Sozialausgaben der Bundesrepublik sind gesunken; die Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung, für den Bau von Krankenhäusern und Schulen bleiben weiter minimal, um angesichts der Rekordausgaben für die Rüstung den Haushalt auch nur einigermaßen balancieren zu können. Die DM-Aufwertung und die Forderungen der USA nach Wirtschaftshilfe sind Anzeichen dafür, daß die Konjunktur, die man mit einem Goebbels-Ausdruck „Wirtschaftswunder“ getauft hat, ihr Ende nimmt.

Der Entschluß der Bundesregierung, sich vor die ehemaligen Nazi-Blutrichter, Nazi-Bürokraten und Nazi-Propagandisten zu stellen, die heute wieder Schlüsselpositionen einnehmen, hat das Vertrauen vor allem des westlichen Auslandes in die „demokratische Zuverlässigkeit“ der Bundesrepublik nachhaltig zerstört. Wir machen uns kaum ein Bild, welch ein Urteil die Weltmeinung über einen Staat fällen muß, zu dessen höchsten und offenbar unentbehrlichen Beamten der „Judensachbearbeiter“ Globke gehört. Diese Entscheidung der Bundesregierung, Globke und die anderen ehemals beflissenen Diener Hitlers zu decken, entsprang einer harten Notwendigkeit. Man braucht die „Erfahrung“ dieser Leute, denen man allein zutraut, mit dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen Rüstungspolitik und Kriegsgefahr fertig zu werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe, die zum sog. Notstandskomplex gehören, zum großen Teil von Leuten ausgearbeitet wurden, die schon in der Nazi-Zeit im entsprechenden Ressort tätig waren. Doch auch auf diesem Gebiet hat die Bundesregierung eine Niederlage einstecken müssen. Die Proteste der Gewerkschaften und darüber hinaus weiter Kreise der Öffentlichkeit und die argwöhnische Aufmerksamkeit des Auslandes ließen es Adenauer, Schröder und Strauß nicht geraten erscheinen, die Notstandsgesetze noch vor den Wahlen durchzupeitschen, nachdem ihnen das Bundesverfassungsgericht soeben einen Verfassungsbruch nachgewiesen hatte.

Potentiell am gefährlichsten für die Bundesregierung ist jedoch die immer weiter fortschreitende Sammlung der Opposition gegen eine Politik, deren Kriegsrisiko jetzt breiten Schichten deutlich wird. Die Verwirrung, die mit der Kapitulation der SPD-Führung zunächst entstanden war, ist weitgehend wieder gewichen. Die Ostermärsche der Atomwaffengegner haben gezeigt, daß es nicht gelungen ist, den Widerstand gegen Atomrüstung und NATO-Politik zu paralisieren; er ist viel-

mehr gewachsen und hat sich neu organisiert. Das ist eine sehr unangenehme Überraschung für jene, die glaubten, sie würden in diesem Jahr einen „kollegialen“ Wahlkampf unter Ausklammerung aller entscheidenden Fragen führen können.

Die bekannte Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ hat vor einiger Zeit einen sehr scharfen Angriff gegen Bundesverteidigungsminister Strauß gerichtet. In dem Artikel wird deutlichgemacht, daß die von Strauß verfolgte Politik ein Wandel am Abgrund des Krieges ist. Strauß liebt es, vom „Ausradieren der Sowjetunion“ zu sprechen — „ein Mann, der so spricht, der schießt auch“, sagte schon vor drei Jahren Reinhold Maier.

Inzwischen ist der Öffentlichkeit bekanntgeworden, daß gerade Strauß es war, der die Notstandspläne der Bundesregierung entscheidend vorantrieb. Offenbar ist Strauß der ausersehene starke Mann, dazu bestimmt, die Bundesrepublik in einen autoritär-faschistischen Staat nach Franco-Muster umzuwandeln, falls es sich zur Durchsetzung der Atomrüstungspolitik gegen den Widerstand der Bevölkerung notwendig erweist. Je mehr die unartikulierte und spontane Unzufriedenheit der Bevölkerung in einen organisierten Widerstand mündet, desto aktueller werden derartige Pläne. Der „Spiegel“-Artikel endet mit dem weinerlichen Schluß, es gebe keine Kräfte außerhalb der CDU mehr, die Strauß aufhalten könnten; man müsse jetzt auf die Strauß-Gegner in den eigenen Reihen der CDU hoffen. Wenn man einen historischen Vergleich gebrauchen will, so hieße das, nur Papen, Schleicher und Hugenberg seien 1932 in der Lage gewesen, Hitler aufzuhalten. So viel Vertrauen wie diese Gestalten verdienen heute jene möglicherweise vorhandenen einflußreichen Strauß-Gegner in der CDU. Sich auf sie zu verlassen, hieße alles verlorengelassen. Die einzige Macht, die die Kriegspolitik verhindern kann, ist die breite Masse der Bevölkerung, sind insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Massen der Arbeiter. Zahlreiche Gewerkschaftler haben bereits erkannt, von welchen Kräften die Gefahr für den Frieden und die Bedrohung der Demokratie ausgeht. Davon zeugen die Beschlüsse des Gewerkschaftstages der I G Metall und zahlreicher Gewerkschaftsjugendkonferenzen.

Der 1. Mai 1961 wird ein entscheidender Tag sein. Dieser Tag muß zum Kampftag gegen den Krieg, gegen die Atombombe, gegen den Notstand werden, denn wenn Frieden und Demokratie uns nicht erhalten bleiben, sind alle sozialen Forderungen gegenstandslos. Wir fordern daher alle unsere Freunde und darüber hinaus alle Atomrüstungsgegner auf, durch die Teilnahme an den Demonstrationen der Politik der Bundesregierung ihren entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Redaktion des Kongreßdienstes

## Titelbild:

Frans Masereel: Die neue Armée

Photos:

Seiten 3, 5 unten, Seite 15: Keystone

Seiten 4, 9: Hollmann

Seite 5 oben: Privat

## Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

## Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

## Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Pfarrer emer. Werner May, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Joachim Hindemith.

Verantwortlich für den „Kongreßdienst“: Dr. Barbara Brett-Rathjens.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg. Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

# „Ko-Existenz ist besser als No-Existenz“

Eine Bilanz der Ostermärsche

Als am Ostermontag dieses Jahres die kilometerlangen Kolonnen der Atomrüstungsgegner nach viertägigem Marsch ihr Ziel, die Großstädte, erreichten, als Wälder von schwarzen Fahnen und Transparenten die Straßen erfüllten, wurde der westdeutschen Öffentlichkeit klar, daß der verleumdete und als „prokommunistisch“ diffamierte Widerstand gegen die Atomrüstung sich auch bei uns zu einer politischen Kraft formiert hat, mit der jedermann rechnen muß. Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, die meisten Zeitungen, alle Massenmedien, die sonst einer konsequenten Opposition nicht zur Verfügung stehen, sahen sich gezwungen, über die Ostermärsche zu berichten und von der Totschweigetaktik abzugehen. Natürlich haben die Ostermärsche in der Bundesrepublik noch nicht den Umfang und die Bedeutung der englischen und dänischen Märsche erreicht, über die selbst die konservative Presse schrieb, sie seien zum nationalen Ereignis geworden; aber gerade das Beispiel der winzigen Anfänge des Aldermaston-Marsches erfüllt die deutschen Atomrüstungsgegner mit Hoffnung.

Für den Beobachter war das auffälligste Merkmal der Ostermärsche, daß die Jugend in ihnen weitaus überwog. Dies erklärt sich natürlich zum Teil auch daraus, daß viele ältere Menschen sich die Anstrengungen und Unbequemlichkeiten eines derartigen Marsches nicht zutrauten und nur an den Abschlußkundgebungen teilnahmen. Doch diese Erklärung allein wäre ungenügend. Sie ergibt sich vielmehr aus politischen Gründen.

## Boycott blieb wirkungslos

Die SPD und die Gewerkschaften, die früher führend in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ mitarbeiteten, hatten sich von den Ostermärschen distanziert, was zumindest für die SPD nach ihrer Kapitulation vor der Atomrüstungs- und NATO-Politik der Adenauer und Strauß nur verständlich und logisch war. Es war bezeichnend, daß der SPD-Vorstand der Öffentlichkeit die politischen Gründe seines Boykottbeschlusses nicht zumuten konnte, da er mit Recht befürchtete, sonst in der Öffentlichkeit den letzten Anschein von Opposition zu verlieren. So griff die SPD-Führung zu demselben Mittel, dessen sich die CDU, ihre Hilf- und Tarnorganisationen ebenfalls bedienen, um die Märsche zu behindern und zu zersplittern: zum Kommunistschreck. Die Märsche seien kommunistisch unterwandert und gesteuert, so hieß es. Es lohnt sich kaum, sich damit sachlich auseinanderzusetzen. Es mag sein, daß unter den Teilnehmern der Ostermärsche auch Kommunisten waren; wenn das aber zutrifft, dann machten sie jedenfalls keinerlei Versuche der Unterwanderung oder kommunistischen Beeinflussung; kein Teilnehmer hat dergleichen bemerkt. Die Organisatoren der Ostermärsche als Kommunisten zu bezeichnen, wagte nicht einmal die „Arbeitsgemeinschaft demo-

kratischer Kreise“ in ihrem übrigens ein wenig dümmlichen Störflugblatt, das von den Teilnehmern mit allgemeiner Nichtachtung behandelt wurde. (Noch ein Nachwort zu den Störaktionen: Bezeichnend, daß die hochbezahlten Flugblattverteiler der Störaktion an manchen Orten früher über die Strecke informiert waren, auf der die Polizei den Marsch durch die Großstädte führte, als die Marschleistung selbst.) So blieb nur der Vorwurf, der den Atomrüstungsgegnern immer wieder von selbstsicheren Bombenpolitikern gemacht wird: Sie arbeiteten dem Osten ungewollt in die Hände. Dieser Vorwurf ist um so törichter, als er gerade die zu Recht trifft, die ihn erheben. Wer nützt dem Kommunismus mehr als diejenigen, die der Bevölkerung durch ihre

Atombombenpolitik die Hoffnung auf eine friedliche und glückliche Zukunft rauben, die ihnen dann nur noch der Kommunismus verspricht?

Aber halten wir fest: Alle etablierten Parteien und fast alle Organisationen, die unter deren Einfluß stehen, haben sich mit antikommunistischen Phrasen von den Ostermärschen distanziert. Hinter dem Ostermarsch standen die Pazifisten, die Organisationen der Atomrüstungsgegner, einige Jugendorganisationen und nicht zuletzt die Deutsche Friedens-Union, also ausnahmslos Gruppen, deren Mitgliederzahl, verglichen etwa mit den Millionenmassen der Gewerkschaften, verhältnismäßig gering ist. Entscheidend war dagegen, daß die Organisationen, die ihre Mitglieder aufgefördert hatten,

Fortsetzung auf Seite 4

## Aldermaston 1961



Fast hunderttausend Menschen nahmen an den englischen Ostermärschen von Aldermaston und Wethersfield nach London teil. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Aldermaston-Marsch.

## „Kampf dem Atomtod — ein Mißverständnis?“

Bundesverteidigungsminister Strauß und der sozialdemokratische „Wehr-Experte“ Helmut Schmidt lieferten vor kurzem der Öffentlichkeit im Fernsehen ein bemerkenswertes Schauspiel, nämlich ein Streitgespräch. Und dies, obwohl zwischen ihnen überhaupt kein Streit bestand. Sie waren sich einig darüber, daß „die Bundesrepublik ihre NATO-Verpflichtungen erfüllen müsse“; sie stimmten auch darin überein, daß dazu die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern gehöre; und schließlich waren sie sich auch einig darüber, daß die Atomsprengköpfe in amerikanischer Obhut bleiben müßten, was insofern eine theoretische Frage ist, als die Amerikaner inzwischen ohnehin deutlich gemacht haben, daß sie die Sprengköpfe nicht aus der Hand geben werden.

Worüber streiten sich zwei Leute, die sich einig sind? Natürlich über die Vergangenheit, in der einer den anderen unglücklicherweise mißverstanden hat, und über die Schuld an diesem traurigen Mißverständnis. In diesem höchst bedeutsamen Streit hatte Herr Schmidt übrigens einen außerordentlich schweren Stand. Natürlich hatte er ganz recht, wenn er Strauß vorhielt, daß die Forderung der Bundesregierung nach Atomwaffen immer auch so gedeutet werden konnte, daß sie sich sowohl auf die Kernwaffenträger als auch auf die atomaren Sprengköpfe selbst richtete. Im Gegensatz zu Herrn Schmidt meinen wir sogar, daß diese Forderung sich zwanglos auch heute noch so deuten läßt, wofür die berüchtigte Generalsdenkschrift wohl das beste Beispiel ist. Aber Strauß hatte noch viel mehr recht, wenn er argumentierte, die SPD habe ihn überhaupt nicht mißverstanden, sie habe nämlich in der Vergangenheit gegen die Atombewaffnung schlechthin gekämpft und die Unterscheidung zwischen Atomwaffenträgern und Sprengköpfen für politisch unwesentlich erklärt.

In Wahrheit ist diese Unterscheidung von einer nicht überbietbaren politischen Lächerlichkeit; denn atomare Sprengkörper und Atomwaffenträger bilden zusammengesetzt eben die einsatzfähige Atomwaffe. Gegen das eine und nicht auch gegen das andere zu sein, wie jetzt die SPD, ist ebenso dumm, wie gegen die Patrone, aber für das Gewehr zu sein. Wenn die Bundeswehr Atomwaffenträger besitzt, so wird man wohl annehmen dürfen, daß, unter wessen Verfügungsmacht auch immer, atomare Sprengköpfe nicht weit sind; sonst wären diese militärisch sinnlos. Wo das Gewehr ist, liegt meistens auch die Patrone daneben.

Es ist auch ganz falsch, zu sagen, die Atomwaffenträger stellten für sich keine Gefahr dar. Wenn die SPD-Führer, die sich neuerdings so viel auf ihr militärisches Sachverständnis zugute halten, das Buch ihres englischen Genossen Noel-Baker gelesen hätten, dann wüßten sie, daß gerade die Atomwaffenträger (die sogenannten

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 3

den Ostermärschen fernzubleiben, mit ihrem Aufruf keinen Erfolg hatten. Eine Statistik der Teilnehmer aus jenen Organisationen, die den Ostermarsch boykottierten, ergäbe wahrscheinlich ein überraschendes Bild. Hier liegt aber der Hauptgrund, warum auf den Märschen die Jugend so stark überwog. Viele ältere Menschen haben sich durch die kaum verhüllten Drohungen der Gegner der Ostermärsche möglicherweise beeindruckt lassen, aber die Jugend ist innerhalb der Gesellschaft die Kraft, die keinen Opportunismus kennt, die für ihre Überzeugung gerade und offen eintreten will, bei der phrasenhafte Vorwände nicht verfangen. Darum ist es

Erfolg, gegen diese Tendenz gestemmt haben, um stattdessen den Märschen den Charakter eines rein moralischen Appells mit möglichst wenig politischem Hintergrund zu geben. Es läßt sich nicht verschweigen, daß es auf dem Ostermarsch von Bergen-Hohne nach Hamburg, wo diese Kräfte konzentriert waren, zu einigen unerfreulichen Dingen gekommen ist. Aber gerade hier zeigt es sich, daß diese Minderheit, obwohl sie einflußreich war, sich dem Gesetz der Politisierung des Widerstandes gegen die Atomwaffen nicht entziehen konnte. Es war ihr unmöglich, die Mehrheit der Teilnehmer in ihrem Sinne zu manipulieren, obwohl sie alle organisatorischen Machtmittel in der Hand hatte.



Prof. Gröbe im Gespräch mit Hamburger Marschteilnehmern.

so erfreulich, wenn ein Redner auf einer Abschlußkundgebung feststellte, daß den etablierten Organisationen auf den Ostermärschen ihre Jugend davongelaufen ist.

### Moralpredigt oder politische Aktion?

Noch bemerkenswerter ist etwas anderes. Die Ostermärsche waren, betrachtet man das Gesamtbild, eine politische Aktion. Man kann einigen der Organisatoren den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich, freilich ohne

Noch deutlicher als die mitgeführten Transparente, die übrigens von der Polizei sorgfältig zensiert wurden, wobei Losungen, wie „Ko-Existenz ist besser als No-Existenz“, „Ausbildung an Atomwaffen ist Ausbildung zum Massenmord“, „Unruhe ist die erste Bürgerpflicht“, verboten wurden, machten zahlreiche Reden auf den Ostermarschkundgebungen, daß dieser Marsch nicht nur ein moralischer Appell, sondern ein Aufruf zum Widerstand war.

Die Teilnehmer selbst haben zum größten Teil dieses Problem erkannt. Auf



einem Diskussionsforum des Ostermarsches Bergen-Hohne — Hamburg wurde daher immer wieder gefordert, daß dieser Marsch nur ein Anfang für den weiteren Kampf sein dürfe. Es kamen zahlreiche oft sehr gute Vorschläge für die weitere Arbeit. Auch die Bundestagswahl bildete, wie es nicht anders sein konnte, ein Gesprächsthema. Es wurde zwar großer Wert darauf gelegt, daß die Diskussion „überparteilich“ blieb; aber keiner der Teilnehmer kam an der Tatsache vorbei, daß als einzige Partei die Deutsche Friedens-Union den Marsch unterstützte. Der große Achtungserfolg, den sie damit bei den Marschteilnehmern errungen hat, sollte anderen zu denken geben.

### Wie soll es weitergehen?

Die Ostermärsche waren ein großer Erfolg. Man darf bei diesem Erfolg jedoch nicht stehenbleiben. Die in diesem Jahr noch gemachten Fehler müssen vermieden werden. Der beste Weg dazu ist sicher eine Aussprache unter den Teilnehmern und Organisatoren aller Ostermärsche. Man sollte daran denken, auch einige der Atomrüstungsgegner aus England und Dänemark einzuladen; denn auch von ihnen sind wertvolle Anregungen zu erwarten.

Vor allem aber kommt es darauf an, daß die Kraft, die sich in den Ostermärschen konstituiert hat, nicht wieder zerfällt. Zwei Dinge sind dazu nötig: Geschlossenheit in den Zielen, Toleranz hinsichtlich Weltanschauung und politischer Einstellung. Wer diese beiden Dinge nicht anerkennen will, sollte lieber abseits stehen.

Noch klarer als diesmal muß beim nächsten Ostermarsch das Gewicht auf greifbare politische Forderungen gelegt werden. Niemand hat etwas gegen rein formale Losungen wie „Umdenken tut not“; aber wenn die Ergebnisse dieses Umdenkens zu nicht mehr führen als einem ethischen Appell, dann werden wir Strauß nicht so leicht schlagen. Zwei Forderungen sollten im Mittelpunkt stehen: allgemeine Abrüstung, in deren Zusammenhang auch die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gehört, und die Einstellung der Nato- und Atomrüstungspolitik der Bundesregierung. Man vermeidet damit das Mißverständnis, man fordere einseitige Abrüstung des Westens, man vermeidet aber auch, daß Strauß uns für politische Schwärmer hält, und wird stattdessen für ihn zu einem Gegner, mit dem er rechnen muß.



Fortsetzung von Seite 4

„means of delivery“) das große Problem der Abrüstung und die eigentliche Gefahr bilden.

Es blieb der politischen Instinkttlosigkeit der SPD-„Experten“ vorbehalten, mit einer Unterscheidung, die politisch überhaupt nichts hergibt, ihre Kapitulation vor der Atompolitik des Herrn Strauß zu bemänteln. Wir haben einen Trost: der deutsche Bürger, der seit 10 Jahren nur die Bild-Zeitung liest, versteht solch komplizierte Unterscheidungen nicht mehr. Vergeblich hoffen die Experten, mit Advokatenkunststücken beim Wähler ihr Glück zu machen. Ihn interessieren solche „Unterscheidungen“ nicht. Er hat sich das Fernsehgespräch angehört und dabei überlegt: Sind sie für oder gegen Atomwaffen? Sie waren beide dafür. Und sie werden auch beide dafür die Quittung bekommen.

### Schutz wovon?

Bekanntlich werden in der Bundesrepublik zwar für die Rüstung Milliarden, aber für den sog. „zivilen Bevölkerungsschutz“ vergleichsweise ganz minimale Summen ausgegeben, obwohl es klar ist, daß in einem totalen Atomkrieg die Zivilbevölkerung am schwersten leiden würde. Aber leider läßt sich die Tatsache nicht bestreiten, daß es in einem Atomkrieg einen auch nur einigermaßen wirkungsvollen Schutz für die Masse der Zivilbevölkerung nicht gibt und nicht geben kann. Das entspricht den Feststellungen der Wissenschaftler.

Der Bundesluftschutzverband, dessen Chef allerdings auch kein Wissenschaftler, sondern ein Polizeifachmann ist, ist anderer Ansicht. In der ganzen Bundesrepublik klebt dieser Tage ein — zugegeben sehr schönes — Luftschutz-Werbepplakat mit dem Slogan: „Abwarten? Nein — handeln!“ Daß die geringen Mittel des Bundesluftschutzverbandes nun auf einmal nicht für den angeblich so wichtigen Bunkerbau, sondern für eine Plakataktion ausgegeben werden, macht deutlicher als viele Worte, wozu die Aktivität des Bundesluftschutzverbandes dient. Wenn der Bundesluftschutzverband die Illusion verbreitet, es gebe im Atomkrieg einen wirksamen Schutz, dann soll vor allem die Bundesregierung vor der Ausbreitung der Erkenntnis geschützt werden, daß der einzig wirksame Schutz im Schutz vor dem Atomkrieg besteht. Übrigens wäre der Abschluß eines Abkommens, das die Vernichtung der Atombomben und das Verbot ihrer Herstellung und Lagerung bedeutet, auch erheblich billiger als Plakataktionen und der Bau von Bunkern.

Wir verstehen natürlich, daß die Bundesregierung im Wahljahr Schutz sucht; das wird uns aber nicht hindern, den Aufruf des Bundesluftschutzverbandes „Abwarten? Nein — handeln!“ wörtlich zu nehmen, freilich anders, als es im Sinne seines Erfinders liegt. Wir dürfen tatsächlich nicht abwarten, sondern müssen handeln, wenn wir uns rechtzeitig vor den Atombombenplänen unserer eigenen Regierung schützen wollen.

Bild oben: Der Hamburger Ostermarsch beim Passieren der Elbbrücken.

Bild unten: Kundgebung in Miltenberg, Stefan Andres spricht.

# Kann ein Krieg zufällig ausbrechen?

Der folgende Beitrag eines hohen sowjetischen Militärs beschäftigt sich mit den Gefahren eines Ausbruchs eines Atomkrieges durch Zufall oder infolge technischen oder menschlichen Versagens. Wir begrüßen an diesem Beitrag insbesondere, daß er großes Gewicht auf die Forderung nach allgemeiner und kontrollierter Abrüstung legt, durch die die aufgezeigte Gefahr wirksam gebannt werden kann.

Viele beschäftigen sich mit der Möglichkeit des zufälligen oder unbeabsichtigten Ausbruchs eines Krieges, zumal es schon wiederholt hieß, daß dies die Folge einer Fehlleistung oder einer überraschenden seelischen Erkrankung jener sein könnte, denen die überaus komplizierten technischen Kriegsmittel von heute anvertraut sind; dabei sind diese Mittel selbst häufig nicht verlässlich genug, was wiederum verhängnisvolle Zwischenfälle nach sich ziehen kann.

In unserer mit Raketenbasen und Kernwaffendepots übersäten Welt, in einer Welt, über der USA-Bomber mit Kernbomben fliegen und im kosmischen Raum Spionagesatelliten kreisen, ist diese Gefahr tatsächlich nicht von der Hand zu weisen.

## Abstürzende Bomber

Der Auslandspresse zufolge verfügt das Oberkommando der Luftstreitkräfte der USA, namentlich das strategische Luftwaffenkommando, über 90 % aller Kernwaffenvorräte der Vereinigten Staaten. Diesem Oberkommando unterstehen neben bemannten Bombern auch strategische Raketen, d. h. interkontinentale ballistische Raketen, Mittelstreckenraketen und interkontinentale Flugzeug-Projektile (d. h. Raketen mit Tragflächchen). Sie alle sind Kernwaffenträger.

Die riesigen Bomberverbände der USA sind in ständiger Bewegung. Ihre Maschinen sind rastlos zwischen dem nordamerikanischen Kontinent und den über den ganzen Erdball verteilten Fliegerstützpunkten unterwegs. Zudem ist eine bestimmte Anzahl schwerer B-52-Bomber ständig in der Luft, jeden Augenblick bereit, auf ein Signal aus dem Stabsbunker des Luftstützpunktes Offutt (Nebraska) hin die Feindseligkeiten zu eröffnen. Nach einer Meldung der Associated Press hat General Thomas Power, der Chef der strategischen Luftwaffe, unlängst erklärt, alle einsatzfähigen B-52-Bomber würden auf ein Alarmsignal hin zu Trainingsoperationen unter kriegsähnlichsten Bedingungen eingesetzt.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Unfälle und Katastrophen von Militärflugzeugen, darunter Kernwaffenträgern, stark zugenommen. Obwohl sich das Pentagon in allen diesen Fällen um strengste Geheimhaltung bemüht, sickert doch einiges in

die Presse durch. Während der jüngsten englischen Unterhausdebatten erklärte Charles Orr-Ewing, Zivil-Lord der Admiralität, um die „Unbedenklichkeit“ der Stationierung amerikanischer Atom-U-Boote mit Polaris-Raketen in Schottland zu beweisen, bisher seien fünf amerikanische Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord abgestürzt, doch sei es „in keinem dieser Fälle zu einer Kernexplosion oder zu Strahlungen gekommen“. Mag es der ehrenwerte Lord mit seinem Gewissen abmachen, ob es stimmt, daß keine Strahlung eingetreten sei. Fest steht jedoch, daß viel mehr Kernwaffenträger Katastrophen erlitten haben, als er angegeben hat.

Meldungen der Auslandspresse zufolge ist 1957 in den USA ein B-47-Bomber mit Kernwaffen an Bord abgestürzt. Im März 1958 ist einem B-47-Bomber bei Florence (Südkarolina) eine Atombombe „ausgerutscht“. In der amerikanischen Presse wurde ferner berichtet, daß sich 1958 und 1959 in mehreren ähnlichen Fällen Kernbomben beim Start von Bombern aus der Halterung gelöst haben.

Am 14. Oktober 1959 stieß unweit von Hardinsburg (Kentucky) ein schwerer B-52-Bomber, der Atomwaffen an Bord hatte, beim Auftanken in der Luft mit dem Tankflugzeug zusammen und stürzte ab. Am 14. September 1960 stießen zwei B-47-Bomber 350 Meilen von der irischen Küste über dem Atlantischen Ozean zusammen, und einer versank in den Fluten. Die großangelegte gemeinsame Suchaktion der Flotte und der Luftstreitkräfte Englands und der USA bewies, daß sich an Bord des versunkenen Flugzeuges eine A- oder H-Bombe befand. Schließlich stürzte erst vor kurzem, am 24. Januar 1961, bei Goldsboro (Nordkarolina) ein schwerer B-52-Bomber mit zwei Atombomben ab.

Nach ausländischen Pressemeldungen verlieren die USA alljährlich 9–15 Militärflugzeuge durch Zusammenstöße in der Luft. Ihre Verluste durch sämtliche Katastrophen beliefen sich laut Associated Press in den Jahren 1950 bis 1959 auf 7062 Flugzeuge und 3471 Mann.

Anhänger des Wettrüstens können sagen, Kernzwischenfälle, hervorgerufen durch Flugzeugkatastrophen in irgendeinem Land, gefährdeten nur dessen Bevölkerung, könnten also nicht zum zufälligen Ausbruch eines Krieges führen. Das trifft jedoch keineswegs zu. Angesichts der Spannungen, die die militaristischen Kreise ständig aufrechterhalten, kann jede Kernexplosion, unabhängig von ihren

Ursachen, eine nicht wiedergutzumachende Katastrophe auslösen.

Bei den ständigen Luft-, Marine-, Land- und kombinierten Manövern der NATO im ganzen europäischen Raum und den Alarmübungen der amerikanischen Streitkräfte werden Hunderttausende Menschen und enorme Mengen von Massenvernichtungswaffen in Einsatzbereitschaft versetzt. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur zu erwähnen, daß an den vorjährigen Herbstmanövern der NATO („Autumn-60“) über 200 000 Mann, rund 1000 Flugzeuge und 500 Schiffe teilnahmen. Erst dieser Tage endeten die Wintermanöver der NATO in Westdeutschland, bei denen „Atomschläge“ markiert wurden.

Unter europäischen Verhältnissen kann ein Kernwaffenzwischenfall einen Krieg hervorrufen. Verstärkt wird diese Gefahr noch dadurch, daß die amerikanischen strategischen Bomber der letzten Bauserien mit Bord-Boden-Raketen ausgerüstet sind, die Kernsprengköpfe haben können (so die Stahltriebprojekte Hound-dog mit einer Reichweite von 560 km). Wie „betriebssicher“ solche Raketen sind, zeigt die nachstehende Meldung der Associated Press: Am 7. September 1960 irrte eine von einem B-52-Bomber bei Tampa (Florida) abgelassene Hound-dog-Rakete aus unbekannten Gründen von ihrem Kurs ab. Da es nicht gelang, sie in der Luft zu vernichten, flog sie bis nach Alabama, wo sie auf ein Maisfeld abstürzte.

Die englische Regierung, die im vorigen Jahr beschloß, daß ihre strategischen Bomber sich an den regelmäßigen Flügen innerhalb des gesamten amerikanisch-englischen Luftstützpunktnetzes beteiligen werden, hat die Absicht, bei den USA für diese Bomber Bord-Boden-Raketen anzukaufen, wodurch die Möglichkeit gefährlicher Zwischenfälle noch vergrößert wird. Bekanntlich ist im August 1959 ein englischer strategischer Bomber des als H-Bombenträger entwickelten Modells Victor in der Luft explodiert.

## Wo können die Raketen explodieren?

Moderne Raketenwaffen bestehen aus einer Vielzahl kompliziertester Baugruppen und Apparate, in denen die modernsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik verkörpert sind. Nach Angaben der amerikanischen Presse hat eine ballistische Rakete mit mittlerem Startgewicht ungefähr 300 000 Einzelteile. Natürlich kann eine so komplizierte Konstruktion mitunter die Ursache des Versagens von Raketenwaffen, ja von Katastrophen sein.

Daß die amerikanischen Raketen in konstruktiver Hinsicht nicht verlässlich genug sind, ist durch wiederholte Unfälle bewiesen: Explosionen auf den Startplätzen und in der Luft, Selbststart, Abirren vom Kurs und Herumirren in der Luft. Es vergeht keine Woche, in der die Weltpresse nicht von

solchen Zwischenfällen berichten würde. Nach Angaben der amerikanischen Zeitschrift „Missiles and Rockets“ wurden bis September 1960 insgesamt 60 interkontinentale ballistische Atlas-Raketen abgelesen, doch verlief nur bei 39 (d. h. 65 %) der Start in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Die Atlas-Rakete ist jetzt übernommen und in den Dienst der Truppe gestellt. Aber selbst nach ihrer Übernahme durch die Waffenämter sind zwei Startpannen solcher Raketen bekannt geworden: eine explodierte in der Luft, eine andere wich vom Kurs ab und mußte in der Luft gesprengt werden.

Gegen diese unstrittigen Tatsachen könnte eingewandt werden, Atlas-Raketen seien nur in den Vereinigten Staaten explodiert, was niemanden etwas angehe. Aber in europäischen Ländern ist es nicht anders.

England wurden 60 ballistische Thor-Mittelstreckenraketen übergeben. Sie wurden dort zu vier Geschwadern mit englischem Personal zusammengefaßt, während die Kernladungen unter amerikanischem Verschluss sind. Die Startanlagen dieser Raketen befinden sich in Ostengland und sind 150—180 Kilometer von London entfernt. Wie „Missiles and Rockets“ berichtet, sind von 63 Thor-Starts nur 42 oder 66,7 % völlig geglückt.

Am 9. April 1959 explodierte auf dem Startplatz Vandenberg in den USA eine Thor-Rakete der amerikanischen Luftstreitkräfte bei einer gemeinsamen Übung amerikanischer und englischer Mannschaften, so daß die britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte nun schon „gemeinsam Erfahrungen“ im Umgang mit solchen Raketen besitzen. Wie ferner bekannt ist, mußte am 30. November 1960 auf Cap Canaveral gestartete Trägerrakete eines künstlichen Erdsatelliten, eine Abart der Thorrakete mit dem Namen Thor-Able-Star, wegen Versagens in der Luft gesprengt werden (wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie einfach explodierte). Ihr Absturz erfolgte über Kuba, 16 km von der Stadt Holguin.

Allerdings gab Generalleutnant Schriever, Leiter des Forschungsstabes der amerikanischen Luftstreitkräfte, die Versicherung ab, die Thor-Raketen würden zu 80 bis 90 % betriebsicher gemacht. Aber selbst dann werden von den 60 Thor-Raketen in England 6—12 „wissenschaftlich berechtigt“ sein, aus technischen Gründen an ihren Starttrampen zu explodieren. Es ist nicht unseres Amtes, darüber zu urteilen, ob das für die vielen Millionen Einwohner Londons und seiner zahlreichen Vorstädte ein großer Trost ist.

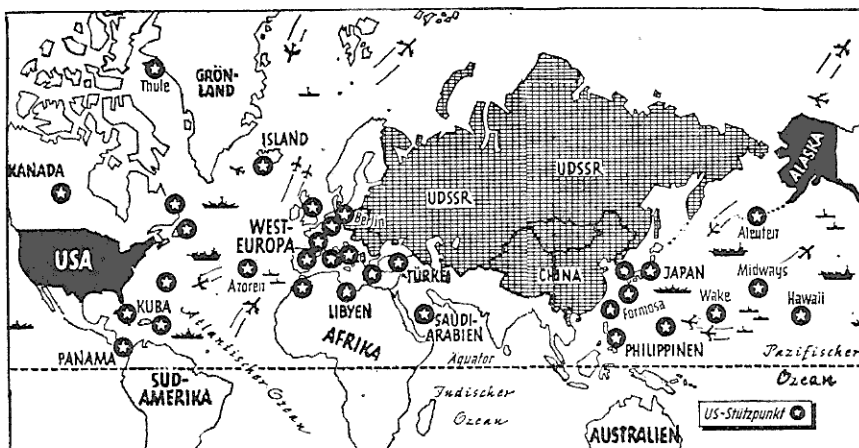
Eine gewisse Vorstellung von den Aussichten einer solchen Nachbarschaft kann man sich aus einem Vorfall bilden, der sich am 7. Juni 1960 auf dem 110 km von New York entfernten Luftstützpunkt McGuire abspielte. Durch Explosion einer Bomarc-Rakete wurde ein Atomsprenkopf beschädigt und ein Quantum radioaktiver Substanz freigesetzt.

Erst unlängst galt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit der amerikanischen ballistischen Polaris-Rakete, da Atom-U-Boote der USA mit solchen Raketen auf Schottland gestützt werden sollen und Norstad die NATO

in eine mit Polaris-Raketen bewaffnete „vierte Kernmacht“ verwandeln will.

Diese zweistufige ballistische Feststoff-Rakete ist aber weder dem Wesen noch der Form nach durchkonstruiert. Die schon mehrmals erwähnte Fachzeitschrift „Missiles and Rockets“ berichtete, daß bis zum September 1960 67 Polaris-Raketen gestartet wurden, doch war der Start nur in 46 Fällen (68,7 %) in jeder Hinsicht erfolgreich. Besonders charakteristisch waren Explosionen in der Luft und Verlust der Kontrolle über die Rakete. Erst am 11. Januar 1961 wieder verlor man die Kontrolle über eine von dem untergetauchten U-Boot „Robert Lee“ abgelesene Polaris-Rakete, und diese ex-

nannten Texas-Türmen, von denen einer unlängst bei einem Orkan ins Meer versank. Über dem Ozean patrouillieren ständig Flugzeuge, auf ihm Schiffe des Radarbeobachtungsdienstes. In Europa hat die NATO ein Radarsystem aufgebaut, um dessen Vervollkommnung sie ständig bemüht ist. Außerdem zieht das Pentagon ein System zur Fernstentdeckung von ballistischen Raketen auf. Zu diesem Zweck werden Komplex-Radarstationen in Thule (Grönland), Clear (Alaska) und Yorkshire (England) gebaut, von denen jede gigantische Radaranlagen mit 50 m hohen und 120 m breiten Antennen hat. Die erste dieser Stationen, die in Thule, ist zum Teil fertig und bereits in Dienst genommen worden.



Diese Karte zeigt, wie die UdSSR von US-Stützpunkten eingekreist ist

(Mit freundlicher Genehmigung des „Friedensruf“).

plodierte gleich nach dem Start in der Luft.

Die amerikanischen Atom-U-Boote sind selbst nicht gegen Explosionen und das Ausströmen von Kernstrahlung gefeit. Am 14. Juni 1960 brach auf dem Atom-U-Boot „Sargo“ in Pearl Harbor (auf Hawai) ein Feuer aus, worauf es zu einer Explosion kam. Das Feuer konnte erst gelöscht werden, als das U-Boot versenkt wurde. Nach Angaben des britischen „Scotsman“ beabsichtigen die USA, 26 Stützpunkte für Atom-U-Boote mit Polaris-Raketen über die ganze Welt zu verteilen. Außerdem wird auf der Maitagung des NATO-Rates wahrscheinlich erneut die Umwandlung der NATO in eine „vierte Kernmacht“ und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Polaris-Raketen auf mobilen Landstartanlagen zur Sprache gebracht werden.

General Norstad, der auf seinem Posten verblieben ist, und die Führung des Pentagon suchen Europa mit Waffen zu spicken, die eine tödliche Gefahr vor allem für die friedlichen Einwohner der dichtbesiedelten europäischen Länder selbst darstellen, in denen Polaris-Raketen eingelagert werden sollen.

#### Was zeigen die Radarschirme?

Über den nordamerikanischen Kontinent ziehen sich von der Pazifik- bis zur Atlantikküste drei gigantische Radar-Warnungs- und Meldegürtel. Außerdem werden in 200 km Entfernung von der Küste künstliche Inseln mit Radarstationen verankert, soge-

Die Verlässlichkeit oder Unverlässlichkeit dieser gesamten Radartechnik ist heutzutage ein Faktor, von dem **buchstäblich das Schicksal des Friedens abhängt**. Trotz der gewaltigen Erfolge der modernen Radioelektronik haben Radaranlagen immer noch den Mangel, Objekte nicht genau identifizieren zu können. Grundverschiedene Objekte lösen auf dem Radarschirm oft Signale aus, die sich kaum voneinander unterscheiden. Damit ist das überaus schwerwiegende Problem der richtigen **Identifizierung** solcher Quellen von Radarsignalen entstanden. Der Welt kann eine Katastrophe drohen, wenn ein in die irdische Atmosphäre eingedrungener Meteorit oder ein Planetoid in Erdnähe nicht richtig bestimmt wird.

Vor kurzem stand die Welt wegen eines Zufalls, der geradezu lächerlich wäre, wenn er nicht so ungeheuerliche Folgen haben könnte, im wahrsten Sinne des Wortes am Rande einer Katastrophe. Wie der Washingtoner Korrespondent der britischen Zeitung „Daily Express“ berichtete, zeigten sich auf den Radarschirmen der Station für Fernstentdeckung in Thule am 5. Oktober 1960 Signale, die als ein über dem Nordpol vorgetragener Raketenangriff ausgelegt werden konnten. Es wurde Alarm gegeben, aber zum Glück stellte sich heraus, daß diese Signale auf Reflexe des aufgehenden Mondes zurückzuführen waren.

Die Möglichkeit von Zwischenfällen wegen ungenauen Funktionierens der Radaranlagen wird dadurch verstärkt, daß die amerikanischen Systeme zur

Fern- und Fernstentdeckung in und am Polargebiet liegen. Wie amerikanische Fachleute selbst festgestellt haben, kann das Nordlicht in vielen Fällen Störungen auslösen, ja die Apparaturen völlig matt setzen.

Die moderne amerikanische Technik besitzt noch keine wirksamen Verteidigungsmittel gegen interkontinentale ballistische Raketen. Darum, schreibt die amerikanische Presse, wird die einzige Antwort auf ein Signal, das bei falscher Deutung als Beweis für einen Raketenangriff auf den nordamerikanischen Kontinent gelten kann, möglicherweise der „Druck auf den Knopf“, d. h. der Einsatz der Mittel zu einem wirklichen Kernüberfall, sein. Und dadurch kann die Welt in eine Kernkatastrophe gestürzt werden.

Wir haben nur genau überprüfte und in der amerikanischen Presse veröffentlichte Fälle beschrieben, die zum unbeabsichtigten Ausbruch eines Krie-

ges führen könnten. In diesen Fällen handelt es sich um rein technische Faktoren, d. h. die Beschaffenheit von Kernwaffen, Kernwaffenträgern und den Mitteln zu ihrer Entdeckung. Die menschlichen Faktoren, d. h. eventuelle Fehlleistungen wegen mangelhafter Ausbildung des Personals, plötzlicher Erkrankung, seelischer Störungen, Überanspannung u. dgl. m., sind dabei schwer einzukalkulieren, doch können sie in nicht geringerem, wenn nicht gar in noch höherem Maße zum zufälligen Ausbruch eines Krieges führen.

Selbst wenn man annimmt, daß unliebsame Zwischenfälle mit der fortschreitenden Verbesserung der Waffen und der sonstigen Kriegstechnik weniger wahrscheinlich werden (was allerdings sehr problematisch ist), würde eben diese Verbesserung die Möglichkeit menschlichen Versagens ohne Zweifel noch vergrößern, da die modernen Mittel der Kriegsführung tech-

nisch immer komplizierter werden. Darum wird man Lord Bertrand Russell zustimmen müssen, der über die Möglichkeit eines zufälligen oder unbeabsichtigten Kriegsausbruchs gesagt hat: „Etwa binnen eines Jahrzehnts wird sich diese Wahrscheinlichkeit bei Fortdauer des jetzigen Wettrüstens fast zur Unvermeidlichkeit verdichtet haben.“

Jedem denkenden Menschen ist daher klar, daß eine solche Eventualität nur durch die Vernichtung aller Mittel beseitigt werden kann, die zum zufälligen Ausbruch eines Krieges führen können, das heißt, durch eine allgemeine, vollständige und streng kontrollierte Abrüstung.

Die ganze Welt harret der Entscheidung des Abrüstungsproblems. Gerade ihr gelten die sowjetischen Vorschläge, die der 15. UNO-Vollversammlung unterbreitet worden sind.

„Neue Zeit“, Nr. 8, 1961

## Günther Anders **Moral im Atomzeitalter**

Eine Rede vor Japanern

Leider war es Herrn Dr. Günther Anders nicht möglich, auf unserer Präsidiums-tagung in Münster zu dem Thema „Moral im Atomzeitalter“ zu sprechen, wie er es uns zunächst zugesagt hatte. Herr Dr. Anders schrieb uns jetzt, daß er in der Aktion für Eatherly „ertrinke“; er schlug uns deshalb vor, aus seinem Buch „Der Mann auf der Brücke“ einen Abschnitt abzudrucken, der die Grundgedanken der von ihm postulierten Moral im Atomzeitalter wiedergibt. Wir kommen dieser Anregung sehr gern nach. Herr Dr. Anders teilte uns außerdem mit, daß er noch in diesem Jahre sein Buch „Moral im Atomzeitalter“ druckfertig machen werde; „dann“, so schreibt er uns, „wird genug Material vorliegen, das nicht nur geraubt werden kann, sondern soll“.

D. Red.

„Unterstellen wir einmal, unsere Bemühungen seien gelungen: diejenigen Ziele, um die wir nun seit Jahren kämpfen, seien erreicht: die sogenannten Versuchsexplosionen und die Testflüge seien eingestellt; die Produktion der atomaren Waffen hätte aufgehört, die gelagerten Waffen wären entschärft, die Raketenbasen abmontiert; und gegenseitige Kontrolle verhindere die geheime Fortsetzung der gegenseitigen Bedrohung — was wäre gewonnen?

Gewiß viel. Keinen Augenblick lang dürfen wir ruhen, um diese Ziele zu verwirklichen. Und dennoch, machen wir uns keine Illusionen. Die Hauptsache wäre damit noch nicht gewonnen. Niemals wäre soviel erreicht, daß wir nun die Hände in den Schoß legen dürften; niemals soviel, daß wir aufatmend sagen dürften: der Vor-Hiroshima-Zustand oder der Zustand vor dem Tode Kuboyamas sei wiederhergestellt. Denn was gewesen ist, ist, auch wenn es abgeschafft ist, niemals so, als wäre es nicht gewesen. Was geschehen ist, das ist auf unwiderrufliche Weise geschehen; und zwar deshalb, weil das gleiche Geschehen immer wieder herbeirufbar und immer wieder hervorrufbar ist.

Natürlich leben wir alle in der Sehnsucht nach der Wiederherstellung des alten Zustandes. Und diejenigen unter unseren Zeitgenossen, die diese unsere Sehnsucht nicht teilen, die scheinen uns wie Seelenblinde.

Aber leider gibt es Gefühle, die zur heutigen Wirklichkeit in schroffstem Widerspruch stehen; in so schroffem Widerspruch, daß wir sie uns selbst verbieten müssen. Und zu diesen Gefühlen gehört leider auch unsere Sehnsucht nach der guten alten voratomaren Zeit. Dieses Gefühl widerspricht aber unserer heutigen Lage deshalb, weil diese Lage nicht in dem besteht, was wir (damit meine ich natürlich die heutige Menschheit) gerade haben oder tun; sondern in dem, was wir haben können oder tun können. So gewaltig der Mensch nämlich sein mag — eines kann er nicht: Sein eigenes Können kann er nicht widerrufen. Und so großartig die Fähigkeit seines Lernens sein mag, eines kann er nicht lernen: nämlich dasjenige, was er kann, zu verlernen. Die Atomwaffen, die er gerade hat, die kann er zwar abschaffen; aber seine Kenntnis der Herstellung, die kann er nicht wieder loswerden. Die technische Situation, in der sich der Mensch befindet, definiert sich nicht nur durch dasjenige, was er beherrscht, sondern auch durch dasjenige, was er unfähig ist, nicht zu beherrschen. Auch Sie, die Sie nicht Physiker sind — und auch ich bin keiner — wissen ja, daß die Fähigkeit, atomare Waffen zu produzieren, keine isolierte Fähigkeit darstellt; daß, wer friedliche Reaktoren erzeugen kann, jederzeit auch in der Lage ist, die atomaren Zerstörungsmittel zu erzeugen. Diese sind eben, obwohl ihre möglichen Effekte über

alle Effekte, die wir technisch sonst verursachen können, weit hinausreichen, doch nur Spezialitäten und Teilstücke unseres ganzen physikalischen und technischen Besitzstandes. Und da dieser Besitzstand unabschaffbar ist, ist auch die Spezialität unabschaffbar. In anderen Worten: Selbst wenn es keine einzige „Atomwaffe“ mehr gäbe, keine Versuchsexplosion, keinen Testflug, keine Abschlußrampe und kein Land, das an der Herstellung dieser Waffen arbeiten würde — behoben wäre damit die Gefahr nicht. Da durch die momentane Abschaffung der bedrohenden Geräte die Fähigkeit, diese Geräte herzustellen, nicht mit abgeschafft wäre, und die Versuchung und die Verlockung, mit Hilfe solcher Geräte allmächtig zu werden, natürlich auch nicht, würden wir uns noch immer, und zwar für alle Zukunft, in der apokalyptischen Situation befinden, also in der Situation, in der sich die Menschheit durch sich selbst zugrunde richten könnte.

Sie sehen also: Die Aufgabe, der wir pausenlos gegenüberstehen, läßt sich, obwohl sie in jedem Augenblick das Maximum an politischer Weisheit und Behutsamkeit verlangt, mit Hilfe von politischen Maßnahmen (oder gar mit nur technischen Mitteln) nicht bewältigen. Die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, gehören einer anderen Klasse von Maßnahmen an: Denn diese werden darin zu bestehen haben, uns davon abzuhalten, diejenigen Geräte herzustellen, deren Herstellungsart zu vergessen wir unfähig sind. Das heißt aber: Die Verwandlung des Menschen wird eine Verwandlung seiner Moral sein müssen. Das Bewußtsein, daß es sich hier um ein absolutes Tabu handelt, wird in jedem von uns Milliarden Menschen so tiefe Wurzeln schlagen und wird so allgemein werden müssen, daß, wer auch immer die Möglichkeit in Betracht zöge, sich zur Durchsetzung seiner politischen Ziele

dieser Mittel zu bedienen, sich der Indignation der gesamten Menschheit gegenüber sähe.

Es gibt eine entsetzliche, entsetzlich vieldeutige Formel, die der bedeutende Physiker von Weizsäcker geprägt hat. Sie lautet: „Mit der Bombe leben.“ Was Weizsäcker mit dieser Formel gemeint hat, können wir hier offen lassen; seine Position scheint unentschieden, denn obwohl der dem Kreis der wegen ihrer Gewissenhaftigkeit und ihrer Zivilcourage zu Recht berühmten „Göttinger“ zugehört, hat er diese Formel doch in einem Augenblick geprägt, in dem die Diskussion über die atomare Bewaffnung des deutschen Bundesheeres ihren Höhepunkt erreichte; und damit den Befürwortern dieser Bewaffnung vielleicht eine gewisse Schützenhilfe geleistet. Gleichviel — die Formel hat, wenn sie recht verstanden wird, eine tiefe Wahrheit. Denn recht verstanden bedeutet sie: Keinen Augenblick lang dürfen wir uns einreden, daß wir „ohne Bombe“ leben; das dürften wir auch nicht in dem vielleicht erreichten Augenblicke der Bombenlosigkeit.

Ich weiß, was ich Ihnen da sage, das klingt wenig tröstlich. Wer, wie wir, seine Kraft der Gewinnung eines Zieles widmet, der tut das in der Hoffnung, daß dieses Ziel eines Tages ein für allemal erreicht sein werde. Wenn ich Ihnen diese Hoffnung, also die Hoffnung auf das „ein für allemal“, nehme, so damit Sie illusionslos sehen und sich im klaren darüber bleiben, daß der Kampf, den wir vor ein paar Jahren begonnen haben, und in dem wir uns nun befinden, von nun an ein niemals mehr endender Kampf bleiben wird. Jeder gewonnene Tag wird zwar ein gewonnener Tag sein. Aber kein gewonnener Tag wird eine Bürgschaft für die Gewinnung des morgigen Tages darstellen. Ankommen werden wir niemals.

Was vor uns steht, ist also die Endlosigkeit der Unsicherheit. Und unsere nicht endende Aufgabe wird darin bestehen, daß wir dafür sorgen, daß mindestens diese Unsicherheit kein Ende nehme.

Noch einmal: Diesen Gedanken trage ich Ihnen nicht deshalb vor, um Ihnen den Kampfmuth zu nehmen; oder etwa deshalb, weil ich unseren Kampf für vergeblich hielt. Wenn das der Fall wäre, dann wäre ich nicht aus Europa zu Ihnen gekommen. Vielmehr betone ich ihn deshalb, weil unser Kampf von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, wenn wir seine Natur falsch einschätzen würden. **Nicht nur unsere Aufgabe ist dieser Kampf, nicht nur die Aufgabe unserer Generation; sondern die aller Menschen von nun an. Also unser Schicksal.** Unseren Willen werden wir, sofern man uns unsere Kinder läßt, unseren Kindern vererben müssen; und diese werden ihn, sofern auch ihnen ihre Kinder gelassen werden, auch ihren Kindern weitergeben müssen. Den Kampf zu gewinnen, ist zwar notwendig; aber kein Gewinn wird einen endgültigen Gewinn darstellen. Wer ihn aber verlieren wird, der wird ihn ein für allemal verlieren. Für seine Vorfahren: denn von diesen wird nach ihrer Niederlage kein Zeichen mehr melden; und für seine Nachkommen: denn die wird es



Unser Bild zeigt (von links nach rechts) Prof. Dr. Yoichi Fukushima, Prof. Dr. Kurt Gröbe und Senji Yamaguchi, ein Opfer des Atombombenabwurfs auf Nagasaki. Als Senji Yamaguchi, der vermutlich nur noch wenige Monate zu leben hat, gefragt wurde, warum er die Strapazen einer solchen Reise auf sich nähme, antwortete er: „Bevor ich an den Folgen der Atombombe sterbe, will ich mit dazu beitragen, daß die Welt auferüttelt wird.“

## Japanische Delegation in der Bundesrepublik

Der 1. März 1961 ist der 7. Jahrestag der Bikini-H-Bombentestserie der USA. Durch diese Versuche wurde das Meer radioaktiv verseucht und die Fische, das Hauptnahrungsmittel der Japaner, konnten zum Teil nicht mehr verwendet werden. Dadurch wurde in der Bevölkerung Japans das Bewußtsein für die Gefährdung durch die Kernwaffen mit einem Schlage wieder wach. Dies war der unmittelbare Auftakt zum Kampf gegen die Atombombentests, gegen die Lagerung von Kernwaffen in Japan, gegen die Raketenstützpunkte, die im Rahmen der SEATO von den Amerikanern und der japanischen Regierung errichtet wurden. Der Kampf fand seinen Höhepunkt im Protest der Bevölkerung gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag.

Im Monat März bereiste eine Vortragsgruppe des Japanischen Rates gegen A- und H-Waffen die Bundesrepublik und sprach auf Einladung der „Aktionsgemeinschaft gegen die ato-

mare Aufrüstung“ auf Veranstaltungen in zahlreichen Großstädten. Zuvor hatte sie Österreich, Frankreich, die Niederlande und Skandinavien bereist. Der Gruppe gehören Prof. Dr. Yoichi Fukushima, Direktor des Japanischen Rates, Dr. med. Fumio Araki, Dozent an der Universität Hiroshima, die Gewerkschafter Shinzuo Wada und Miyoji Hiragaki und das Atombombenopfer Senji Yamaguchi an, der mit 14 Jahren den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki erlebte und seitdem unheilbar strahlenkrank ist. Die japanische Delegation, die in Österreich und Skandinavien sehr freundlich empfangen worden war, war außerordentlich peinlich berührt darüber, daß es Länder-Innenminister für notwendig hielten, sie als Kommunisten zu diffamieren. Es fiel schwer, ihnen zu erklären, daß derartige Verleumdungen in der Bundesrepublik üblich sind und unterschiedslos gegen jeden erhoben werden, der sich für den Frieden und gegen atomare Bewaffnung ausspricht.

nach seiner Niederlage nicht mehr geben.

Liebe Freunde, ich weiß, wie unhöflich es ist, als Gast eines so höflichen und gastfreundlichen Volkes so unverblümt und so schrecklich zu sprechen, wie ich es hier tue. Ich bitte Sie um Entschuldigung. Aber leider gibt es

Situationen, in denen höflich zu bleiben, unverantwortlich wäre. Daß wir uns heute in einer solchen Situation befinden, ist sowenig meine Schuld wie Ihre. Was uns verbindet, ist der Schmerz darüber, daß wir gezwungen werden, unhöflich zu werden. — Ich danke Ihnen.“

# Rückzug von der Atombombenstrategie?

Die Verteidigungsbotschaft Präsident Kennedys, die er am 29. März 1961 vor dem Kongreß in Washington abgab, wird allgemein als Revidierung der amerikanischen Wehrpolitik im Sinne der neuen strategischen Theorien Kissingers ausgelegt. Dies hatte sich schon mit der überraschenden Ernennung Kissingers zum Sonderberater des Präsidenten angedeutet. Kernpunkte der neuen Kissinger'schen Theorie: 1. kein Einsatz atomarer Waffen gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen, 2. die Entscheidung über den Einsatz aller Atomwaffen wird von der politischen Zentrale, d. h. vom Präsidenten selbst, getroffen; 3. die konventionelle Rüstung wird verstärkt; 4. eine Erweiterung des sog. „Atomklubs“ ist zu vermeiden. Diese Strategie enthält einen grundlegenden Bruch mit den Plänen der NATO und der Bundeswehr, deren Kernstücke der Einsatz der Atomwaffen in jedem Konflikt und die Entscheidung der militärischen Befehlshaber über den Einsatz waren. Bundesverteidigungsminister Strauß hat nach Bekanntwerden der neuen amerikanischen Haltung in fast beleidigender Schärfe protestiert. Offenbar lebt man in Bonn in der Hoffnung, in den entsprechenden NATO-Gremien die Amerikaner unter Hinweis auf die Bonner Finanzhilfe mit der Forderung nach Atomwaffen unter Druck setzen zu können. Jedenfalls hat auch nach dem Besuch Dean Achesons in Bonn die Bundesregierung keine Veranlassung gesehen, sich von ihrer bisherigen Forderung nach einer Umgestaltung der NATO in eine vierte Atommacht und nach atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im Rahmen der NATO zu distanzieren. Der folgende Beitrag ist geschrieben, ehe ersichtlich wurde, daß die in ihm beleuchteten und kritisierten Theorien amerikanische Regierungspolitik werden würden. Die Aktualität dieses Berichtes eines englischen Fachmannes ist jetzt also eher noch höher.

Die Red.

Die gegenwärtig in der Welt gelagerten Kernwaffen haben nach einer Schätzung des Harvard-Professors Louis Sohn insgesamt eine Sprengkraft, die 60 000 Millionen Tonnen TNT entspricht — 20 Tonnen auf jeden Erdbewohner. Diese ungeheure Anhäufung von Vernichtungskraft ist beinahe automatisch auf Grund eingebildeter militärischer Notwendigkeiten entstanden. Weder die militärischen Führer noch ihre Ratgeber wissen, was man damit anfangen soll. Dies ist die Ursache für eine Debatte, die jetzt in den Vereinigten Staaten (vor allem in akademischen Zeitschriften) geführt wird. Es geht um die Möglichkeiten der Kontrolle der Kernwaffenrüstung. Im September vergangenen Jahres gab die Amerikanische Akademie für Kunst und Wissenschaft eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift „Daedalus“ heraus, in der 22 führende Köpfe diese Debatte auf neue intellektuelle Höhen, leider aber auch in neue Tiefen der Unverständlichkeit geführt haben. Doch bedeutet diese Veröffentlichung einen Wendepunkt in der amerikanischen Auseinandersetzung um die Kernwaffen. Denn alle Autoren, angefangen bei Prof. Fromm (einem Anhänger der einseitigen nuklearen Abrüstung) bis zu Prof. Edward Teller (einem scharfen Gegner dieser Theorie), versuchten, dieselbe Frage zu beantworten. Diese Frage lautete, gemeinverständlich ausgedrückt: Wie können wir es verhindern, daß wir uns alle selbst in die Luft sprengen?

Die Begeisterung für die Massenvernichtung vermindert sich nach einem Wort des bekannten Professors Galbraith zusehends. Die akademischen Strategen, die seit Hiroshima immer wieder unser Blut gerinnen ließen, scheinen jetzt plötzlich zur Vernunft gekommen zu sein. Das beste Beispiel dafür ist der berühmte Professor Henry Kissinger. Noch vor vier Jahren kam er in seinem Buch „Kernwaffen und Außenpolitik“ zu dem Schluß, daß „kleine“ Kernwaffen es

möglich machten, weiter Krieg im alten Sinne als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu führen. Aber seine Theorie eines begrenzten Atomkrieges hatte nur ein sehr kurzes Leben. In seinem jüngsten Buch „The Necessity for Choice“ (dt. Ausgabe: Die Entscheidung drängt, Düsseldorf 1961), von dem ein Kapitel im „Daedalus“ abgedruckt ist, gibt er sie wieder auf. „Obgleich es möglich ist, ein theoretisches Modell eines begrenzten Atomkrieges zu entwerfen“, schreibt Kissinger, „bleibt doch die Tatsache bestehen, daß 15 Jahre nach dem Beginn des Atomzeitalters noch kein derartiges Modell je allgemeine Anerkennung errungen hat. Es ist nahezu unmöglich, von unseren militärischen Autoritäten eine in sich geschlossene Beschreibung zu erhalten, was sie unter einem »begrenzten Atomkrieg« eigentlich verstehen.“ Dieser Jargon ist schrecklich; gemeint ist folgendes: Gleichgültig was die Theoretiker auch immer schreiben, die Militärs wissen, daß, wenn man einmal zu kämpfen anfängt, mit allem gekämpft wird, was da ist. An einer anderen, etwas klareren Stelle erklärt Kissinger auch den Grund dafür. „Wenn Kernwaffen ein integrierender Bestandteil der Bewaffnung jeder militärischen Einheit werden, wird es nahezu unmöglich sein, einen konventionell begonnenen Krieg nicht zum Atomkrieg auszuweiten, unabhängig davon, ob beide Seiten dies vermeiden wollen. Selbst wenn die Absicht besteht, Kernwaffen nur als letztes Mittel zu benutzen, ist dies völlig bedeutungslos, wenn die Entscheidung über den Einsatz der Kernwaffen mehr und mehr dezentralisiert wird. Einen Regiments- oder Divisionskommandeur sollte man nicht zum Richter machen. Da ihm der Gesamtüberblick fehlt, wird er immer in der Versuchung sein, alle ihm zur Verfügung stehenden Waffen einzusetzen. Wenn er sich in hartem Druck befindet, würde es von ihm übermenschliche Disziplin verlangen, nicht die Waffen anzuwen-

den, von denen er glaubt, daß sie alle seine Schwierigkeiten lösen könnten.“ Dieses Argument ist den Anhängern der atomaren Abrüstung seit längerem bekannt. Ich habe es selbst bereits an mehreren Stellen verfochten. Aber ich muß der Versuchung widerstehen, für mich in Anspruch zu nehmen, daß Kissinger sich nun mir angeschlossen habe. Kissinger und die anderen akademischen Strategen haben nichts anderes getan, als sich dem führenden britischen Militärschriftsteller anzuschließen. Captain Liddel Hart ist der Mann, dem die gegenwärtige Wendung in der amerikanischen Kernwaffenendebatte vor allem zu verdanken ist. Die meisten der militärischen Gedanken, die sich in allen Beiträgen von „Daedalus“ finden, wurden zuerst in „Abschreckung oder Abwehr“ (deutsche Ausgabe: Rheinische Verlagsanstalt Wiesbaden, 1960) niedergelegt. Kennedy nahm dieses Buch so wichtig, daß er während seines Wahlkampfes Zeit zu einer Rezension fand.

Aber wichtig ist allein, daß die Wendung tatsächlich erfolgt ist. Kissinger ist nicht in der Lage, uns eindeutige Antworten auf die Fragen zu geben, die er selbst in seinem neuesten Buch stellt, aber er setzt, ebenso wie die anderen Autoren des „Daedalus“, Fragezeichen hinter bestimmte Vorstellungen, die einst unumstößlich erschienen. Nehmen wir z. B. die Frage, ob es richtig sei, als erster Atomwaffen einzusetzen. „Wir sollten, so wird geltend gemacht, einer kommunistischen Aggression mit konventionellen Waffen Widerstand leisten und zur Anwendung von Kernwaffen nur dann schreiten, wenn wir selbst mit Kernwaffen angegriffen werden. Wir müßten dann allerdings, so wird weiter argumentiert, die notwendigen konventionellen Streitkräfte aufstellen und eine entsprechende Strategie entwickeln. Die Möglichkeit der atomaren Erpressung wäre damit beendet. Es verschwände damit auch die unmittelbare Gefahr eines atomaren Massensterbens.“

„Es besteht kein Zweifel, daß ein solches Abkommen einige sehr vorteilhafte Aspekte hätte. Es wäre eine überraschende Initiative, wenn wir ein förmliches Abkommen über den Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen vorschlugen, und es wäre möglicherweise für die Sowjets ein erster politischer Rückschlag, wenn sie ein solches Abkommen ablehnten. ... Wenn man annimmt, daß ein gegenseitiger Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen wünschenswert sei, so kann es sehr wohl sein, daß ein einseitiger westlicher Schritt in dieser Richtung die vernünftigste Politik darstellen würde.“

Die atomare Abschreckung hat ihre eigene Logik. Wer abschrecken will, muß glaubhaft sein, wenn er sein Ziel erreichen will. Das heißt, der Feind muß überzeugt sein, daß das Abschreckungsmittel eingesetzt wird und unter Umständen auch zuerst eingesetzt wird. Selbst eine formale Entscheidung, dies letztere nicht zu tun, würde

wahrscheinlich in der Hitze des Gefechts nur einen Fetzen Papier wert sein, wenn die Schlacht tatsächlich beginnt. „Denn unabhängig davon, was wir dem möglichen Angreifer oder auch uns selbst erzählen,“ so schreibt Kissinger, „wir könnten nicht dafür garantieren, daß wir nicht in einer Zwangslage schließlich doch Kernwaffen anwenden würden.“ Kissinger zieht daraus die Folgerung, daß der Westen nie in die Lage kommen darf, daß er in einer Auseinandersetzung allein mit konventionellen Streitkräften eine Niederlage riskiert. Er stellt daher die Behauptung auf, der beste Weg zu einer Kontrolle der Kernwaffen bestehe in verstärkter konventioneller Aufrüstung.

Aber das ist noch nicht alles. Die Erfindung der Kernwaffen kann nicht rückgängig gemacht werden. Solange sie überhaupt vorhanden sind, wird eine Rückkehr zu einer konventionellen Strategie den Militärs, die ihre Einzelheiten ausarbeiten müssen, unrealistisch erscheinen. Sie werden — Generale verlangen immer nach mehr — auf die zusätzliche Feuerkraft der taktischen Atomwaffen nicht verzichten wollen. Zur konventionellen Bewaffnung zurückzukehren, wäre daher eine sinnlose und überflüssige Mühe, wenn nicht alle Kernwaffen auf beiden Seiten in fortschreitendem Maße „eingefroren“, wenn nicht ganz vernichtet werden.

#### Kissinger erkennt diese Notwendigkeit an.

Es ist freilich richtig, daß Kissinger dies vor allem darum tut, weil er sich davon überzeugt hat, daß sich das Gleichgewicht des Schreckens“ zugunsten der Russen verschoben hat, daß die amerikanische „Raketengücke“ nicht geschlossen werden konnte und daß der Westen den Rüstungswettlauf nicht gewinnen kann. Die amerikanische Luftwaffe hat ihn daher auch, wie es zu erwarten war, scharf angegriffen.

Die Entwicklung Kissingers vom Theoretiker des begrenzten Atomkrieges zum Befürworter der Rüstungskontrolle ist sehr lehrreich. General Norstad hatte von Kissingers erstem Buch gesagt, es habe eine Schwäche, es sei nämlich von einem Mann geschrieben, der das eine Ende eines Gewehrs nicht von dem anderen unterscheiden könne. Strategische Konzeptionen sind wie alle abstrakten Ideen faszinierendes Spielzeug. Aber schließlich müssen sie doch aus dem Ideenhimmel heruntergeholt und in Begriffen und Regeln für die Soldaten ausgedrückt werden, die die Waffen einsetzen sollen. Das hat Kissinger nunmehr zu seinem Vorteil auch getan. Daß er ein übertrieben hohes Ansehen genießt, vermindert daher nicht den Wert des Dialogs, den er in seinem neuesten Buch „The Necessity for Choice“ mit seinem früheren Ich führt.

#### Kontrolle oder Abrüstung.

Da nun der Gedanke der Rüstungskontrolle als notwendige Ergänzung einer wirksamen Verteidigung auf der Tagesordnung steht, ist er schon einige Aufmerksamkeit wert. Enthält er doch zumindest einen teilweisen Rückzug von der Kernwaffenstrategie und die völlige Aufgabe der Theorie der massiven Vergeltung. Unglücklicherweise besteht keine Übereinstimmung darüber, was unter Rüstungskontrolle zu verstehen ist. Ein Verbot der Kernwaffenversuche ist, wie Präsident Kennedy gesagt hat, eine Maßnahme der Rüstungskontrolle; sie würde das nukleare Wettrennen zum Stillstand bringen. Das Disengagement (oder die Durchführung des Rapackplanes) wäre eine andere derartige Maßnahme. Sie würde Mitteleuropa von Kernwaffen befreien und zur Aufrechterhaltung ein gemeinsames Inspektionssystem erfordern.

**Keine dieser Maßnahmen, soviel ist klar, ist von großem Wert, wenn sie nicht einen ersten Schritt zu weiterem bedeutet. Ein Verbot der Versuchsexplosionen muß zu einem Verbot der Kernwaffen führen. Die Durchführung des Disengagements muß verschmelzen mit dem Prozeß der Abrüstung. Kurz gesagt, die Kontrolle ist nur ein Schritt auf dem Wege des völligen Verbots der Kernwaffen.**

Besonders „tiefe“ Denker unter den Exponenten der Rüstungskontrolle wollen das freilich nicht anerkennen. Professor Thomas C. Schelling, der bekannteste unter ihnen, vermeidet sogar den Ausdruck. Statt von Rüstungskontrolle spricht er lieber von „gegenseitiger Rüstungsanpassung“. Unser Hauptanliegen, so sagt er, besteht darin, den Zufallskrieg zu vermeiden. Die Gefahr eines solchen Krieges ergebe sich nicht so sehr aus mechanischen Fehlern der Waffen oder der Ortungsgeräte (obwohl auch diese Gefahr gewiß existiere), sondern vielmehr aus Fehleinschätzungen der einen Seite über die wirklichen Absichten der anderen.

„Gegenseitige Rüstungsanpassung“ bedeutet für Professor Schelling alles mögliche, z. B. auch die Behandlung von Spionen als Staatsangestellte anstatt als Staatsfeinde. Er sagt das natürlich nicht wörtlich, aber sein ausgearbeitetes System „reziprok-einseitiger Aktionen und Verzichte“ scheint mir nichts anderes als ein System gegenseitig anerkannter Spionage zu sein. Dieses System ähnelt außerdem einem globalen Schachspiel mit Mittelstreckenraketen als Königen, Interkontinentalraketen als Damen usw. Das ist natürlich kaum überraschend. Professor Schellings Gedanken über die Rüstung leiten sich direkt aus seiner Theorie der Spiele her. Ich verstehe zwar einiges von Rüstung; von der Theorie der Spiele dagegen habe ich kaum eine Ahnung. Aber diese „Bildungslücke“ disqualifiziert mich nicht als Kritiker an Professor Schellings Ideen; denn die großen Unterschiede bestehen nicht zwischen diesem oder jenem Befürworter von Maßnahmen der Rüstungskontrolle; der große Unterschied besteht zwischen der Rüstungskontrolle selbst, die ihrem Wesen nach ein Mittel ist, um mit der Bombe zu le-



Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Bärmeier und Nitzel haben wir dem leider vergriffenen Bändchen „Die Wacht am Rhein“ diese Karikatur von Kurt Halbritter entnommen.

# Warum noch kein Verbot der Kernwaffenversuche?

Am 21. März wurden die Dreimächteverhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in Genf wieder aufgenommen. Wir geben hier, wie in der letzten Nummer angekündigt, den Artikel eines russischen Autors wieder, der die Verhandlungsposition seiner Regierung umreißt. Über den Standpunkt der USA hatten wir unsere Leser bereits in der vorigen Nummer informiert.

D. Red.

Warum ist bisher noch keine Vereinbarung getroffen worden?

Auf Bestehen der Westmächte findet die Genfer Konferenz hinter verschlossenen Türen statt. Die veröffentlichten Berichte genügen aber durchaus, ein gewisses Fazit der zwei Verhandlungsjahre zu ziehen.

Man kann nicht sagen, daß die Genfer Konferenz ergebnislos war. Dort wurden gewisse Erfolge erzielt. Man einigte sich über eine Anzahl wichtiger Vertragsartikel, u. a. über die Verpflichtung, die Kernwaffenversuche auf unbefristete Zeit zu verbieten, ferner über einige Organisationsfragen und Voraussetzungen der Tätigkeit einer internationalen Kontrollorganisation für die Einhaltung des Vertrags.

Unter diesen Umständen dürfte es nicht schwerfallen, eine generelle Übereinkunft zu treffen. Die Kernwaffenversuche einzustellen ist ja viel leichter, als Abrüstungsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu braucht man weder Streitkräfte abzubauen noch Waffenbestände zu vernichten noch Militärämter aufzulösen. Prominente wissenschaftliche Sachverständige der UdSSR, der USA, Englands und einiger anderer Länder erteilten 1958 den Teilnehmern der Verhandlungen technische Empfehlungen darüber, wie das Kontrollsystem

zu organisieren sei; sie wurden von den entsprechenden Regierungen gebilligt.

Nach diesen Empfehlungen sollen ungefähr 170 Kontrollposten mit modernsten Ausrüstungen, Seeschiffe, Flugzeuge und mobile Inspektionsgruppen alles unablässig beobachten, was als ein Verstoß gegen das Abkommen verdächtig erscheinen könnte. Der Befund der technischen Sachverständigen war ein gediegenes Fundament für künftige politische Verhandlungen. Man brauchte auf diesem Fundament lediglich das Gebäude einer internationalen Kontrollorganisation zu errichten, falls man sich geeinigt hätte, sämtliche Kernwaffenversuche ein für allemal zu verbieten.

Da wurden dem Abkommen zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt, die von amerikanischen und englischen Experten in Politik und Wissenschaft beharrlich aufgetürmt wurden. Die Sowjetunion bemüht sich aus Leibeskräften um eine baldige Lösung der Streitfragen auf einer allseits annehmbaren Basis. Ihre Versuche stoßen aber jedesmal auf den unverhüllten Widerwillen der Westmächte zur Zusammenarbeit. Jedesmal, wenn ein Abkommen schon ganz greifbar erschien, stellten die westlichen Vertreter neue Forderungen auf.

Fast gleich zu Beginn dieser Verhandlungen zogen die westlichen Vertreter gegen die vereinbarten technischen Empfehlungen der Kontroll-Experten zu Felde. Schon im Januar 1959 wurden „neue seismische Angaben“ von den Atomschießplätzen in Nevada (USA) aufs Tapet gebracht. Die USA-Vertreter suchten vergeblich zu beweisen, daß es unmöglich sei, einen wesentlichen Teil der unterirdischen Kernwaffenversuche mit einem Äquivalent von höchstens 20 000 Tonnen gewöhnlichen Sprengstoffs zu ermitteln. Daraus wurde gefolgert, daß es notwendig sei, solche unterirdischen Explosionen aus dem Abkommen auszuschließen. Mit anderen Worten, die Westmächte streben ein Abkommen an, das bestimmte Arten von Kernwaffenversuchen legalisieren würde.

Die Absicht der USA war klar: Sie wollten die Unterzeichnung des Vertrags vereiteln oder die Sowjetunion zwingen, ein Abkommen anzunehmen, das Handlungsfreiheit zur Fortsetzung der Versuche geben würde. Diese Hoffnungen wurden aber zu Wasser. Die Sowjetregierung, die sich um den schleunigen Abschluß des Vertrags bemüht, brachte einen Vorschlag ein, der der Position der westlichen Delegationen entgegenkam und zugleich einen Ausweg aus der Sackgasse wies, in die sie die Verhandlungen gebracht haben. Die Sowjetunion erklärte sich zu einem Vertrag bereit, in dem gewisse unterirdische Versuche aus dem Verbot ausgeklammert würden, jedoch nur vor-

ausgesetzt, daß mit der Unterzeichnung des Vertrags ein Moratorium verlautbart wird, wonach solche Versuche für vier bis fünf Jahre eingestellt werden sollen. In dieser Zeit sollen Forschungsarbeiten durchgeführt werden, um wirksame Methoden zur Ermittlung sämtlicher unterirdischen Explosionen ausfindig zu machen. Dieser einfache und allgemein verständliche Vorschlag brachte die Gegner eines Verbots der Kernwaffenversuche in eine schwierige Lage.

Da nahmen sie den Gedanken des Moratoriums für unterirdische Kernexplosionen unter Beschuß. Nach langem Hin und Her schlugen die westlichen Vertreter vor, die Frist des Moratoriums auf zwei Jahre und drei Monate einzuschränken und seine Einhaltung so zu verklausulieren, daß auch diese Frist wesentlich gekürzt werden könnte. Die USA und England schlugen vor, für den Fall, daß die Forschungsprogramme ergebnislos verlaufen, den Vertragspartnern automatisch das Recht einzuräumen, unterirdische Kernexplosionen vorzunehmen. Mehr noch, die USA möchten das Forschungsprogramm so durchführen, daß die einschlägigen Versuchsexplosionen bei völliger Geheimhaltung erfolgen sollen. Das würde einem Staat, der seine Explosionsanlagen zur Verfügung gestellt hat, ermöglichen, bisher nicht erprobte Kernwaffenarten zu testen.

So wurde der Genfer Konferenz ein neues ernstes Hindernis bereitet, das immer noch nicht überwunden ist. Ihm liegt der Wunsch der Westmächte zugrunde, mit allen Mitteln ein Hinterpförtchen zu finden, das es ihnen gestatten würde, die Versuche auch dann fortzusetzen, wenn sie vertragsgemäß verboten würden. Das ist die erste ernste Lehre, die man aus der zweijährigen Tätigkeit der Genfer Konferenz ziehen kann.

Nicht minder aufschlußreich ist auch die zweite Lehre dieser langwierigen Verhandlungen. Es handelt sich dabei um die Ziele und Absichten der Westmächte, was die internationale Kontrolle des Kernteststopps betrifft.

Der amerikanische und der englische Vertreter in Genf bestehen nachdrücklich darauf, daß dem leitenden Gremium — der Kontrollkommission — drei Vertreter der Westmächte, zwei Vertreter der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten und zwei Vertreter der neutralen Länder angehören sollen. Natürlich kann die Sowjetunion auf diese Forderung der Westmächte nicht eingehen. Bei einer solchen Zusammensetzung der Kontrollkommission wären die USA und England imstande, in der Kontrollorganisation heranzukommandieren. Indes würde ihre Tätigkeit sehr häufig wesentliche Sicherheitsinteressen der vertragschließenden Staaten antasten.

Die Sowjetunion besteht darauf, daß in der Kontrollkommission auf der einen Seite die USA, England und ihre Verbündeten und auf der anderen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder paritätisch vertreten seien. Alle diese sowjetischen Vorschläge werden jedoch von den West-

Fortsetzung von Seite 11

**ben, und Abrüstungsvereinbarungen, die eine gegenseitige Weigerung bedeuten, unter dieser Drohung weiterzueistieren.**

Dr. Jerome B. Wiesner, der jetzt ein Mitglied des Beraterstabes Präsident Kennedys ist, dringt in seinem Beitrag im „Daedalus“ zum Kern der Sache vor. Wenn genügend gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist, um begrenzte Abkommen über Rüstungskontrollmaßnahmen zu erreichen, dann, so argumentiert er, müßte das auch für den Beginn der Abrüstung ausreichen. „Ich vermute“, so schreibt er, „daß ein umfassendes System leichter ausgehandelt werden kann, als ein ganze Serie voneinander unabhängiger begrenzter Maßnahmen... Die Überwachung, die erforderlich ist, um die Einhaltung einiger begrenzter Maßnahmen völlig sicherzustellen, enthält einen fast ebenso großen Einbruch in die sowjetische Sicherheit wie die Überwachung, die für ein umfassendes Abrüstungsprogramm erforderlich wäre.“

**Eins steht fest: So unmöglich es uns auch erscheint, die Rüstungskontrolle als Alternative zur Abrüstung anzuerkennen, so enthält sie doch einen Rückzug von der Atombombenstrategie. Die Doktrin der massiven Vergeltung ist tot. Tot ist auch die Lehre vom begrenzten Atomkrieg. Es wäre abwegig, dies nicht als einen Fortschritt zu betrachten.**

Entnommen aus „Tribune“ 31. 3. 61  
Dt. Copyright: „Deutsche Woche“, München

mächten ohne jede Begründung abgelehnt.

Auch in den konkreten Kontrollfragen haben die USA und England eine negative Stellung bezogen. Ihre Vertreter suchen hartnäckig Vertragsbestimmungen durchzusetzen, die es ermöglichen würden, das gesamte Gebiet der Sowjetunion mit Inspektoren und Kontrolleuren zu bespicken, die ermächtigt wären, zahlreiche Untersuchungen und Beobachtungen anzustellen. Das bezweckt unter anderem der amerikanische Vorschlag, wonach alljährlich im Gebiete der Sowjetunion einerseits und in den Gebieten der USA und Englands andererseits bis zu zwanzig Reisen von Inspektionsgruppen stattfinden sollen. Diese Gruppen sollen die ihnen angewiesenen Gebiete aufs eingehendste untersuchen, wobei diese Untersuchungen alles Erdenkliche, von Lufterkundung bis Tiefbohrung, einschließen sollen. Später, wenn sämtliche Versuchsarbeiten laut Vertrag verboten würden, gedenken die Amerikaner diese Zahl zu erhöhen.

Diese Forderung beruht keineswegs auf vernünftigen Interessen der Kontrolle. Um einen Staat von einem Verstoß gegen den Vertrag abzuhalten, genügen vollauf, wie die Sowjetunion vorgeschlagen hat, drei Inspektionsreisen im Jahr, die jederzeit ungehindert unternommen werden könnten. Davon wollen aber die Westmächte nichts hören. Der sowjetische Vorschlag paßt ihnen nicht, weil eine solche Zahl von Inspektionen, die für die Kontrolle hinreichend genügt, die Gelüste des amerikanischen Spionagedienstes nicht befriedigen kann. Allen Dulles' Amt ist ja daran interessiert, daß möglichst viele „Kontrolleure“ jeglicher Art die Verteidigungsgeheimnisse der Sowjetunion beschnüffeln.

In letzter Zeit wird in den USA immer häufiger die Forderung laut, die Verhandlungen in Genf überhaupt abzubrechen und die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen. Vor kurzem erklärte Robert Wilson, ein Mitglied der amerikanischen Atomenergiekommission, unverblümt, weshalb das Pentagon neue Atombombenversuche braucht: „Auf dem Wege der unterirdischen Versuche mit einer verhältnismäßig kleine Waffe könnte man neue und wirklich revolutionäre Kernwaffenarten entwickeln.“

Die amerikanischen Generale und Politiker brennen geradezu darauf, möglichst bald auf die Auslöseknöpfe zu drücken. „Die USA können nicht endlos eine Situation akzeptieren, bei der ihre Versuche eingestellt sind... Die Zeit der Verhandlungen ist bald um“, erklärte Senator Humphrey. Ihm pflichtet der Chef der Atomkommission der USA, McCone, bei, der dazu aufruft, „in den nächsten Wochen“ die Wiederaufnahme der Versuche zu beschließen. Die Politik der USA, was die Einstellung der Kernwaffenversuche betrifft, löst große Besorgnis aus. Jeder vernünftige Mensch begreift, daß ein Scheitern der Genfer Verhandlungen und eine Wiederaufnahme der Versuche Tür und Tor für ein weiteres nie dagewesenes Kernwetterstrümen öffnen und die internationale Atmosphäre noch mehr erhitzen würden. Das darf man nicht vergessen, wenn man das Fazit der verflochtenen zwei Jahre der Genfer Konferenz zieht.

Aus »Neue Zeit« Nr. 46/60

## Tagung des Weltfriedensrates

Vom 24. bis 28. März fand in Neu-Delhi eine Tagung des Weltfriedensrates statt, auf der ein dringender Appell an die Vereinten Nationen gerichtet wurde, sofort eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, an der sämtliche Mitgliedstaaten teilnehmen.

Die Konferenz, an der ca. 300 Delegierte aus mehr als 60 Nationen teilnahmen, verabschiedete Resolutionen über das deutsche Problem. Es wurde erneut die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen in Mitteleuropa und

Asien erhoben.

Bei der indischen Bevölkerung fand die Tagung großes Interesse. Der Präsident des Weltfriedensrates, Prof. Bernal, sprach auf mehreren Veranstaltungen vor Hunderttausenden.

Die indische Regierung, die der Ansicht ist, daß jede Friedensinitiative unterstützt werden muß, brachte der Tagung großes Interesse entgegen. Albert Schweitzer und Bertrand Russell richteten Grußbotschaften an die Konferenz.

## Erklärung über die Abrüstung

beschlossen auf der Tagung des Weltfriedensrates in New-Delhi

Trotz der immer dringender werdenden Forderung der Völker nach friedlicher Koexistenz und dauerhaftem Frieden, trotz den Änderungen in der internationalen Lage geht das Wettwüsten immer weiter. Es überschattet die Menschheit mit der schrecklichen Drohung eines Atomkrieges.

Diejenigen, deren Interessen in der Kriegsvorbereitung liegen, haben in ihren Bemühungen nicht nachgelassen. Unglaubliche Summen werden von den Militärbudgets verschlungen. Die Vereinigten Staaten führen diese gefährliche Beschleunigung der Rüstung, die immer bedrohlicher wird, an. Militärstützpunkte im Ausland schaffen Gefahrenherde und bedrohen die Souveränität der Staaten. Solche Stützpunkte werden Völkern aufgezwungen, die eben erst ihre Unabhängigkeit erreicht haben. Mit Kernwaffen ausgerüstete Flotten kreuzen in allen Meeren, Flugzeuge und Unterseeboote mit Bomben und Raketen an Bord patrouillieren unaufhörlich. Ein einfacher Irrtum, eine böswillige Handlung, könnten in wenigen Minuten Millionen von Menschen vernichten.

Ohne vollständige Abrüstung kann es keine wirkliche Garantie für den Frieden geben.

Es ist unerlässlich, daß neue Abrüstungsverhandlungen in kürzester Zeit aufgenommen werden. Kein Land darf davon ausgeschlossen werden, wenn sie erfolgreich sein sollen. Jedes Land muß an solchen Verhandlungen mit dem ehrlichen und öffentlich kundgegebenen Willen teilnehmen, wirklich abzurüsten, wenn diese erfolgreich sein sollen. Jede Etappe der Abrüstung muß von geeigneten Kontrollmaßnahmen begleitet sein, aber es kann keine Kontrolle ohne wirkliche Abrüstung geben. Eine Politik der „Waffenkontrolle“ darf nicht an Stelle der Abrüstungspolitik treten. Wir lehnen die sogenannte Politik der Abschreckung und die Politik des Gleichgewichts des Schreckens entschieden ab. Die Völker, die erste Abrüstungsmaßnahmen fordern, verlangen auch, daß die Länder, die für das Aufschieben der Verhandlungen verantwortlich sind, diesen Zeitraum nicht zur Verstärkung der Rüstung verwenden. Die Abrüstung darf nicht mehr aufgehalten werden, denn es geht um Leben oder Tod. Die Konferenz, die gegenwärtig in Genf tagt, muß so schnell als möglich zu einem Übereinkommen führen, das den Atomwaffenversuchen ein Ende setzt. Frankreich muß unverzüglich auf seine Versuche in der Sahara oder anderswo verzichten. Kein neuer Versuch darf in der Welt stattfinden. Die Erzeugung, Lagerung und Verwendung von Atomwaffen muß durch ein internationales Übereinkommen bedingungslos verboten werden.

Es ist für die Sicherung des Friedens von entscheidender Bedeutung, daß die Pläne, die darauf abzielen, Atomwaffen an militärische Befehlsstellen wie die NATO zu übergeben, und sie Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland und Japan zur Verfügung zu stellen, in denen die revanchistischen und militaristischen Kreise, die für den zweiten Weltkrieg verantwortlich sind, wieder zur Macht gekommen sind, zunichte gemacht werden. Die Gefahrenherde müssen vielmehr begrenzt werden, indem atomwaffenfreie Zonen und Disengagement-Zonen in Mitteleuropa und überall dort geschaffen werden, wo Gefahr besteht. Ausländische Truppen müssen aus den Ländern, in denen sie sich befinden, abgezogen, die Militärbasen aufgelassen, die Militärabkommen gekündigt werden. Die Herstellung von Waffen kann keinerlei wirtschaftliche Probleme lösen, sie vergrößert vielmehr das Elend. Die riesigen Summen, die zur Herstellung von Vernichtungswaffen ausgegeben werden, müssen dazu dienen, das Los der Menschheit zu verbessern.

Die Abrüstung ist die Hoffnung und die Forderung der Völker; diese haben die Macht, sie durch sofortige und zahlreiche Aktionen zu erzwingen. Der Weltfriedensrat ruft die Männer und Frauen der ganzen Welt feierlich auf, in Aktion zu treten, um die lebenswichtigen Bedürfnisse der Völker zu befriedigen, den Krieg aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, die Aufrüstung durch Abrüstung zu ersetzen, den Kalten Krieg abzuschaffen und durch internationale Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz eine Welt ohne Krieg zu errichten.

## IN KÜRZE

### Der Kampf gegen die Atomrüstung in Norwegen

Der norwegische Außenminister Lange unterstützt die von Norstad und Strauß geförderten, jedoch inzwischen von Kennedy praktisch abgelehnten Pläne der Umwandlung der NATO in eine 4. Atommacht. In der Parlamentsdebatte vom 10. März befürwortete er „eine mit Mitteldistanzraketen (IRBM vom Typ Polaris) ausgerüstete Atomstreitkraft des Atlantikpaktes“, wobei er allerdings vermied, sich in der Frage festzulegen, ob auch die norwegischen Streitkräfte mit Atomwaffen ausgestattet sein sollten. Es ist jedoch klar geworden, daß die norwegische Regierung an ihrer bisherigen kompromißlosen Ablehnung der Lagerung von Atomwaffen in Norwegen und an der Weigerung, die norwegischen Truppen atomar auszurüsten, nicht unbedingt festhalten will.

Diese Haltung hat in den Reihen der regierenden Arbeiterpartei starke Kritik gefunden. Der sozialdemokratische Präsident der Kommission für Auswärtiges, Finn Moe, forderte in einer Parlamentsdebatte am 22. März die sofortige Herabsetzung des Wehretats zugunsten einer Hilfe für die Entwicklungsländer, stieß damit allerdings sofort auf den Widerstand des Außenministers Lange, der von der „Notwendigkeit eines Beitrages zur Verteidigung des Westens“ sprach.

Die norwegische Arbeiterpartei ist auf Grund des NATO-Kurses der Regierung praktisch in zwei Flügel zerfallen. Zur innerparteilichen Opposition zählt insbesondere auch der sozialdemokratische Jugendverband, der auf seinem Kongreß 1961 die Partei aufforderte, die Lagerung von Atomwaffen in Norwegen zu verhindern und den Militärdienst zu reduzieren. Es hat sich eine neue „Sozialistische Volkspartei“ gebildet, die für Neutralisierung und einseitige Abrüstung Norwegens eintritt.

### Inoffizielle Zensur?

Die Bundesregierung versucht gegenwärtig systematisch, die Deutsche Friedens-Union bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit zu behindern. Das letzte Beispiel dafür lieferten Schikanen gegen eine Pressekonferenz, die die DFU vor wenigen Wochen in Bonn veranstaltete.

Die Pressekonferenz mußte kurz vor Beginn in einen anderen Raum verlegt werden. Der Geschäftsleitung des Bonner Presseclubs, mit der die Veranstaltung vereinbart war, war durch einen Telefonanruf aus dem Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung 10 Minuten vor Beginn der Pressekonferenz (die mehrere Tage zuvor an den Anschlagbrettern der Pressehäuser angekündigt war) mitgeteilt worden, daß die Räume des Presseclubs „aus bestimmten Gründen“ nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Dem Aufsichtsrat des Presseclubs, der die Entscheidung gefällt haben soll, gehören ein Vertreter der Bundespressekonferenz und zwei Vertreter der Bundesregierung

Fortsetzung auf Seite 15

## Eine Umfrage des „Ständigen Kongresses“ Gesamtdeutsche Neutralität?

Der „Ständige Kongreß“ hat sich an einen repräsentativen Kreis seiner Mitglieder und Förderer mit der Bitte gewandt, die folgende Frage zu beantworten: „Wie denken Sie über die Möglichkeiten einer deutschen Neutralitätspolitik und ihre Aussicht?“

Wir geben hier einige uns besonders charakteristisch erscheinende Antworten wieder und bitten zugleich unsere Leser, sich an der von uns eröffneten Diskussion zu beteiligen, die in der nächsten Nummer fortgesetzt werden wird.

D. Red.

Ob.-Med.-Rat Dr. Binsack

Groß-Gerau, 19. März 1961  
Walther-Rathenau-Str. 27

An den Ständigen Kongreß, Hamburg

Zu Händen des Herrn Karl Ludwig Opitz, Hamburg

Zu Ihrer Frage hinsichtlich einer Neutralisierung Deutschlands

Leider war ich durch Reise und Nebenberuf verhindert, früher zu antworten; heute nur ganz kurz meine Ansicht:

Bei dem gerade in letzter Zeit wieder stärker einsetzenden Wettrüsten, das nach dem Harakiri der SPD nun ungehemmt sich weiterentwickeln wird, scheint mir eine Neutralisierung Deutschlands nicht nur zweckmäßig, sondern unbedingt erforderlich, um diesen Irrsinn zu beenden. Weiterhin sollte m. E. auch im Sinne des Rapacki-Planes gearbeitet werden; dieser Plan ist gewiß kein Allheilmittel gegen einen Krieg, aber er kann sicher zur Vermeidung der Reibereien und Sticheleien führen und somit den Weg zu der so dringend nötigen Verständigung ebnen.

Mit einer Neutralisierung Deutschlands würde doch endlich einmal eine Tatsache des guten Willens geschaffen — die mehr oder weniger stereotypen Beteuerungen unserer Regierung nimmt doch niemand mehr ernst. Und sie wäre ein Symbol von weltweiter Bedeutung; Milliarden könnten wirklich sozialen Zwecken zugeführt werden und sich als brauchbares Bollwerk gegen den Kommunismus erweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Binsack

Zur Frage des Ständigen Kongresses

„Wie denken Sie über die Möglichkeit einer deutschen Neutralitätspolitik und ihre Aussichten?“

Eine deutsche Neutralitätspolitik, etwa nach österreichischem Muster, ist die einzige Möglichkeit, um zu Abrüstung, Frieden und nationaler Selbstständigkeit zu kommen. Der häufigste Einwand hingegen, Österreich sei klein, Deutschland aber groß, kann leicht durch einen Blick auf den Globus widerlegt werden. Wer allerdings noch eine Hitler-Brille trägt, vermag die richtigen Proportionen nicht zu erkennen. Nur nach endgültiger Preisgabe großenwahnsinnigen, militärischen Denkens kann Deutschland die ihm angemessene Stellung in der Welt einnehmen. Das Ziel darf nicht mehr ein großes, starkes, sondern muß ein friedliches und gesundes Deutschland sein, das zwischen Ost und West gelegen allgemein geachtet wird.

Emil Graf von Wedel  
Wiesbaden, den 16. 2. 1961

Stade, den 16. 2. 1961  
Fritz-Reuter-Str. 14

An den Ständigen Kongreß der Gegner der atomaren Aufrüstung, Hamburg 19  
Zum Schreiben vom heutigen Tage.

Als Mitglied der Dt. Friedensgesellschaft sowie als Mitglied der Dt. Friedensunion bin ich seit dem Anfang der Wiederaufrüstung deren scharfer Gegner. Nachdem dieser unheilvolle Weg seit über einem Jahrzehnt beschritten ist, wird es äußerst schwer halten, von der Aufrüstungspolitik abzugehen, der sich nach dem Umfall der SPD sämtliche Parteien des Bundestags verschworen haben. Es bleibt abzuwarten, ob die neugegründete Dt. Friedensunion, die einzige antimilitaristische Partei, im neuen Bundestag vertreten sein wird. Es könnte alsdann der Versuch unternommen werden, den beiden Weltmächten klarzumachen, daß ihr Unternehmen, die beiden deutschen Staaten in ihren Wehrbereich einzubeziehen, die Gefahr eines allgemeinen Weltenbrandes nur verstärken kann. Solange die beiden Mächte glauben, im deutschen Soldaten, im deutschen Physiker und Chemiker eine wirksame Waffe zu haben, wird es schwer halten, die internationale Spannung in etwas zu mildern. Erste Etappe der so viel beredeten allgemeinen Abrüstung, die einstweilen fast utopisch scheint, müßte daher die totale Abrüstung der deutschen Streitkräfte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs sein. Nur auf diesem Wege besteht m. E. die Möglichkeit, eine deutsche Neutralitätspolitik zu betreiben. Eine waffenfreie Zone in Mitteleuropa würde eine gute Basis abgeben, die allgemeine Abrüstung voranzutreiben. Ohne die großen Mächte, auf rein deutschem, parlamentarischem Wege sehe ich überhaupt keine Möglichkeit, zu einer Neutralitätspolitik zu kommen, da die Furcht, bei einer Neutralität in den östlichen, kommunistischen Sog zu geraten, in der Bundesrepublik zu sehr verbreitet ist.

Blümke  
Oberregierungsrat a. D.

Wuppertal-Elberfeld, 15. Februar 1961  
Goebenstraße 16

**Erklärung zur Neutralitätsfrage**

Die Neutralisierung Gesamtdeutschlands läge nicht nur in seinem eigenen, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der beiden großen Kontrahenten in Ost und West. Sie wäre eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens.

Die Kräfte, die nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg nichts Besseres wußten, als die Welt von vorgestern wieder aufzubauen bzw. dies zu versuchen, obwohl es jeglicher logischen Entwicklung zuwiderlief, haben alles getan, um eine solche Neutralität zu verhindern. Dabei hätte sich selbst vom Standpunkt dieser Leute aus ein neutrales Deutschland besser „bezahlt gemacht“ als eine bedingungslose Blockbindung.

Washington und Moskau werden sich einigen, weil sie sich einigen müssen. Die Alternative ist undiskutabel. Dabei ist es gar nicht so ausgeschlossen, daß auch über eine gesamtdeutsche Neutralität verhandelt wird. Man sollte sich mit solchen Gedanken beizeiten vertraut machen, damit nicht die Entwicklung über Deutschland hinweggeht. Von entscheidender Bedeutung wäre es, daß Gesamtdeutschland über Staatsmänner verfügte, die fähig und willens wären, die Neutralität nach allen Seiten auch zu wahren.

Chefdirigent und Dozent  
A. Gillessen

Enno Narten  
Architekt, Städt. Direktor a. D.

Hannover-Kirchrode, 19. 2. 1961  
Lothringer Straße 20 L

Sehr geehrte Freunde!

Gern erfülle ich Ihren Wunsch und sende Ihnen im Nachstehenden meine Stellungnahme zu Ihrer Frage über die deutsche Neutralitätspolitik:

„Der Wunsch nach einer möglichst baldigen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, der bis auf wenige Ausnahmen wohl jeden einsichtigen Bundesbürger beseelt, hätte schon seit Jahren erfüllt sein können oder zum mindesten wir wären der Erfüllung dieses Wunsches schon wesentlich näher gekommen, wenn man sich endlich an einen Tisch gesetzt und die vielen Vorschläge der DDR diskutiert und beraten hätte. Grundbedingung für diese Wiedervereinigung ist meiner Meinung nach die Neutralisierung beider Teile Deutschlands, die unserer Bundesrepublik die größten Vorteile wirtschaftlicher und sozialer Art bringen würde durch den Fortfall der unvorstellbar hohen, völlig sinnlosen Rüstungsausgaben. Ich bin davon überzeugt, daß die Mehrheit unserer Bundesbürger einer Neutralität unseres Staates nicht nur sympathisch zugewandt ist, sondern alle Maßnahmen unserer Regierung in dieser Richtung, vor allem auch im Hinblick auf das glückliche Beispiel unseres Nachbarstaates Österreich, auf das freudigste begrüßen würde.“

Enno Narten, Hannover  
Städt. Direktor a. D.

Fortsetzung von Seite 14

(Presse- und Informationsamt) an. Gerüchte, daß die Berichterstattung über diese Pressekonferenz von der Bundesregierung als unerwünscht bezeichnet worden sei, bestätigten sich bisher nur indirekt durch die allerdings auffällige Tatsache, daß trotz Anwesenheit von ca. 30 Journalisten alle einschlägigen Zeitungen der Bundesrepublik die Pressekonferenz mit Schweigen übergingen.

**Wichtige Hinweise**

Unser Büromitglied, der Schriftsteller Karl Ludwig Opitz, hat darum gebeten, ihn von seinen Pflichten als Mitglied des Büros des „Ständigen Kongresses“ zu entbinden. Herr Opitz, der bis September 1960 als Sekretär des Büros des „Ständigen Kongresses“ tätig war, ist durch seine schriftstellerische Arbeit gegenwärtig so in Anspruch genommen, daß er eine Mitarbeit im Büro des „Ständigen Kongresses“ nicht mehr ermöglichen kann.

Wir bedauern diese Entscheidung, deren Notwendigkeit wir einsehen, sehr, da wir durch sie einen außerordentlich fähigen und einsatzreudigen Mitarbeiter verlieren. Der „Ständige Kongreß“ spricht ihm für seine Arbeit den besten Dank aus.

\*

Ebenfalls ausgeschieden ist unser Büromitglied Herr Dr. Walter Domke, der in Berlin einen verantwortungsvollen Posten übernommen hat und daher an den in Hamburg stattfindenden Bürositzungen nicht mehr teilnehmen kann. Der „Ständige Kongreß“ dankt Herrn Dr. Domke für seine wertvolle Mitarbeit.

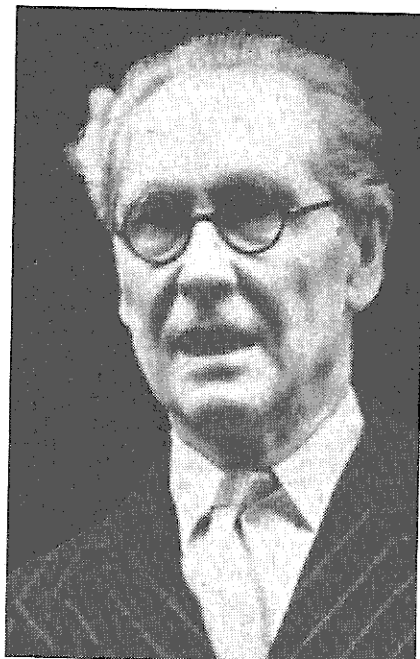
**Wettlauf der Waffen**

**Philip Noel-Baker: Wettlauf der Waffen, München 1961, 22,— DM.**

Robert Jungk hat für die deutsche Ausgabe dieses Buches des britischen Friedensnobelpreisträgers ein Vorwort mit dem Titel „Vom Mut in unserer Zeit“ geschrieben. Es gibt zu denken, daß heute ein so angesehener Politiker wie Noel-Baker offenbar Mut beweist, wenn er eine Darstellung der Probleme der Abrüstung und eine Schilderung der bisherigen Verhandlungen vorlegt. Robert Jungk spricht vom Mut zum „unvoreingenommenen Betrachten und Überprüfen der Tatsachen“ und vom Mut, „sich verdächtigen und diffamieren zu lassen“; das beides heute für einen unbefangenen Beobachter wie Robert Jungk zusammengehört, sagt leider sehr viel über den politischen Zustand mancher westlichen Länder

aus.

Philip Noel-Baker ist seit Jahrzehnten ein Vorkämpfer des Abrüstungsgedankens; er ist wahrscheinlich der Mann, der die Probleme der Abrüstung am tiefsten und am weitesten durchdacht hat. Sein Buch, dessen



Der britische Friedensnobelpreisträger Noel-Baker.

Thema seine selbstgewählte Lebensaufgabe umfaßt, bietet daher, wie man erwarten durfte, ein hohes Maß an Sachlichkeit und objektiver Information. Ein für den Nichtfachmann kaum übersehbares Material wird in diesem Buch gesammelt, geordnet und bewertet, so daß sich schließlich ein außerordentlich klares Bild der Möglichkeiten und Probleme der Abrüstung ergibt. Noel-Bakers Werk hat alle Aussicht, das Standardwerk der nächsten Jahre zu werden, das man gelesen haben muß, wenn man über das Thema Abrüstung informiert

sein will.

Ein Leser, dessen Kenntnisse über Abrüstungsfragen im wesentlichen aus der bundesdeutschen Tagespresse oder aus sonstigen Propagandaschriften stammt, wird das Buch Noel-Bakers wahrscheinlich mit Staunen lesen; denn fast nichts von dem, was er zu wissen glaubt, findet er hier bestätigt. Keine Rede davon, daß „die Russen alle Verhandlungen sabotiert haben“, daß sie „stets Njet zu den westlichen Vorschlägen sagen“; das Gegenteil käme der Wahrheit sogar näher. Mit

überzeugender Deutlichkeit widerlegt Noel-Baker die Propagandaphrasen des kalten Krieges. Als sehr wesentlich erscheint, daß er die geradezu zum Dogma erstarrte Behauptung von der Aggressivität und dem fehlenden ehrlichen Verhandlungswillen der Sowjets als falsch entlarvt; denn tatsächlich ist es der blinde Antikommunismus, der jede Verhandlung, die schließlich ein Mindestmaß an Vertrauen voraussetzt, zum Scheitern bringt. Es wird daher Aufgabe aller einsichtigen Kräfte des Westens sein, und zwar auch und gerade der Gegner des Kommunismus, zu erkennen, daß die Versicherungen des Ostblockes, der einen Verzicht auf jede gewaltsame Expansion ausgesprochen hat und seine Erfolge allein mit friedlichen Mitteln erringen will, sehr ernst zu nehmen sind. Aus diesem Grunde ist auch das Streben der Sowjets nach einer mög-

lichst umfassenden Abrüstung verständlich und glaubhaft; aus demselben Grunde sind mit ihnen auch Abrüstungsvereinbarungen möglich. Sehr klar kommt bei Noel-Baker heraus, was die Fachleute schon wußten, nämlich, daß der Westen 1955 Abrüstungsvorschläge der Sowjets, in denen diese die westlichen Vorschläge fast vollständig berücksichtigt hatten, zurückwies und sich von seinen eigenen Vorschlägen distanzierte (vergl. S. 90 ff.). Tatsächlich waren die Sowjets, nach ihren Vorschlägen zu urteilen, bereit, ein weit höheres Maß an Abrüstung und an Kontrolle auf sich zu nehmen als der Westen. Noel-Baker weist praktisch nach, daß Dulles die Verhandlungen im Jahre 1955 torpediert hat, weil der Westen damals sein Heil im Rüstungswettlauf und nicht in der Abrüstung sah und auf seine H-Bomben-Überlegenheit

vertraute. Diese Tatsachen sollten eigentlich unser gutes westliches Gewissen ein wenig beeinträchtigen. Aber es geht Noel-Baker nicht darum, ein gegenseitiges Schuldkonto aufzumachen. Wichtig ist allein, daß sich inzwischen im Westen die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt hat, daß er den Rüstungswettlauf nicht gewinnen kann. Die Abrüstungsverhandlungen, die von den Sowjets 1960 abgebrochen wurden, offenbar, weil sie von der Regierung Eisenhower nichts mehr erwarteten, werden im Jahre 1961 wieder aufgenommen werden. Es ist außerordentlich nützlich, daß die westliche Öffentlichkeit noch in der Zeit vor diesen Verhandlungen aus dem Munde eines Fachmannes erfährt, daß „eine weltweite, drastische und kontrollierte Abrüstung für jede Nation von höchstem und alles andere überragendem Interesse ist“.

## LESERBRIEFE

### Mißverständnisse

Sehr geehrter Herr Hindemith,

Die Nummer 1 Ihrer Zeitschrift mit meinem Bild auf der Titelseite, einem Abdruck eines Kapitels aus meinem Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ und Betrachtungen über meine Ausführungen vor den Howaldt-Arbeitern muß ich als eine schwere Beeinträchtigung meiner politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit empfinden. Ich kann als jemand, der im öffentlichen Leben steht, nichts dagegen tun, daß Sie sich von dpa mein Bild beschaffen und als Titelblatt veröffentlichen. Mein Verlag, der Stalling-Verlag, ist auf Grund des Vertrages, den ich mit ihm abgeschlossen habe, berechtigt, Zweitrechte auf der Grundlage meines Buches zu vergeben. Ich kann auch nicht verlangen, daß der Verlag mich vorher fragt, insbesondere da laufend Abdrucke aus meinem Buch von den verschiedensten Stellen im In- und Ausland erfolgen. Ich muß Ihnen aber offen sagen, daß, wenn der Verlag mich in diesem Falle gefragt hätte, ich ihn gebeten hätte, von einer Einwilligung abzusehen.

Die Darstellung, die Sie über meinen Vortrag vor den Howaldt-Arbeitern geben, entspricht nicht den Tatsachen. Ich möchte Sie bitten, davon Kenntnis zu nehmen, daß ich Ihrer Zeitschrift und den dahinterstehenden Kräften persönlich völlig fernstehe und daß ich Sie bitte, in Zukunft von der Erwähnung meiner Person möglichst abzusehen.

Hochachtungsvoll  
Fritz Baade

✱

Wir drucken diesen Brief Professor Baades kommentarlos ab, obwohl wir uns mit seinem Inhalt nicht einverstanden erklären können. Wir hoffen, dadurch am besten zu beweisen, daß uns jede Absicht gefehlt hat, Professor Baade, dessen wissenschaftliche und politische Arbeit wir für außerordentlich wertvoll und wichtig halten, zu schädigen.  
D. Red.

### Verständigung statt Vergeltung

Oberstdorf/Allgäu, 4. 3. 1961

Sehr geehrte Redaktion!

In der Dezembernummer Ihres „Kongreßdienstes“ bringen Sie auf Seite 17 einen Aufsatz „Vergeltung statt Verständigung“ von Professor Dr. Wenzel und bitten die Leser um ihre Stellungnahme. Ich bekenne mich als Mensch und als Christ zu der in jenem Aufsatz dargelegten Haltung. Nicht nur zwei Weltkriege, die ich in meinem Leben sah und erlitt, auch aus meinem langjährigen Studium der Weltgeschichte bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß es im Völkerleben wie im Privatleben immer Verhängnis bedeutete, wenn dort Vergeltung statt Gnade und Verzeihung waltete. Ich habe den Artikel von Professor Wenzel mit großer innerer Anteilnahme gelesen.

Nehmen Sie gleichzeitig die Versicherung, daß Ihr mir regelmäßig zugesandter „Kongreßdienst“ mir sehr wichtig ist, und seien Sie mit allen guten Wünschen begrüßt

von Ihrer  
Gertrud von le Fort  
Dr. h.c.

\*

### Das Mißtrauen überwinden!

An das Präsidium des Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik, Eichenstraße 46, Hamburg 19.

An Ihrem Ostermarsch 1961 kann ich leider nicht teilnehmen; ich bin schwerkriegsverletzt und als 76jähriger nicht mehr reisefähig. Ich begrüße aber die

geplante Demonstration, weil nukleare Waffen gegen das menschliche Ethos und gegen die Vernunft sündigen. Ob ein einseitiger Verzicht des Westens auf Anwendung solcher Waffen in Erwartung gleicher Handlungsweise des Ostblocks möglich ist, ist eine taktische Frage, die sich meiner Beurteilung entzieht. Sie ist indes nicht aktuell, da die Atommächte des Westens nur im Falle gegenseitiger Verständigung auf atomare Rüstung verzichten werden. Wohl aber besteht für die Bereitstellung nuklearer Waffen in der Deutschen Bundesrepublik keine Notwendigkeit. Sie ist vernunftwidrig und ethisch verwerflich, weil mit Vernichtungsgefahr für unser Volk verbunden. Daher erscheint auch mir — zumal bei einer Räumung Zentraleuropas von fremden Truppen und Begrenzung der nichtnuklearen Aufrüstung — die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone (Deutschland, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn) sinnvoll und erstrebenswert. Auch so gesehen ist Ihr Ostermarsch zu begrüßen.

Im übrigen sind's weniger konträre Ideologien, die einer nuklearen Aufrüstung in Osten und Westen Vorschub leisten, als vielmehr das auf beiden Seiten eingewurzelte Mißtrauen dem Gegner gegenüber. Der Kampf gegen den Atomtod hat m. E. beim Anbahnen wechselseitigen Vertrauens in den Sieg der Vernunft über Feindseligkeit und Mißtrauen einzusetzen. Die militärische Unterlegenheit durch Einsatz ethisch unverantwortlicher Waffen ausgleichen zu wollen: das war, als dieser Plan im Westen entstand, frivol; heute ist er angesichts beidseitiger nuklearer Bewaffnung sinnlos geworden, ohne seine ethische Verwerflichkeit einzubüßen. Mit solcher Perfidie gewinnt man letzten Endes doch das Rennen nicht. Wie Rußland wird sich auch der Westen zur Bejahung einer friedlichen Koexistenz durchringen müssen. Das ist meine Überzeugung.

Mit meinen besten Wünschen für Ihr Vorhaben

hochachtungsvoll  
Franz Beyerle